

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freimachlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzeitungliste

Die Metallindustrie Berlins steht still!

130 000 streiken gegen Lohnabbau

Am Morgen des 15. Oktober haben die Belegschaften der Berliner Metallbetriebe die Arbeit niedergelegt. Da dort etwa 145 000 Personen tätig sind, beträgt die Zahl der Ausständigen 130 000. Die verbleibenden 15 000 setzen sich zusammen aus den mehr als sechzigjährigen Leuten, den Kriegsinvaliden, einer Schar von Wochenarbeitern, die erst später aufhören, und den Lehrlingen. Ihnen hat die Streikleitung das Verbleiben in den Werkstätten gestattet. Man kann somit sagen, daß die gesamte Metallindustrie Berlins, soweit sie dem Verein Berliner Metallindustrieller zugehört, vollständig stillliegt.

Der Ausstand zeigt, daß den Metallindustriellen ein neuer Schlag gegen die deutsche Wirtschaft gelungen ist. Sie tragen die Schuld, daß ein wesentlicher Teil der deutschen Industrie nicht mehr schafft und ein vieltausendköpfiger Teil des arbeitenden Volkes ohne Verdienst ist.

Die Metallindustriellen haben diese Schädigung der Wirtschaft auf dem Gewissen. Denn sie haben die unverfrorene Forderung gestellt, den ohnehin zu geringen Lohn um 15 vH zu kürzen. Und das in einer Zeit, wo alle Welt über die zu geringe Kaufkraft der Volksmasse klagt und dadurch der Absatz stockt und die beispiellos schlimme Arbeitslosigkeit hervorgerufen ist. Die Gewerkschaften haben, um die Verschlimmerung der Wirtschaftskrise zu verhüten und um die Not der Arbeiterschaft nicht noch ärger werden zu lassen, die Forderung der Metallindustriellen aufs schärfste bekämpft. Da es wegen die auf die Lohnkürzung verbohrteten Unternehmer nicht zu einer Verständigung kommen konnte, kam der Streit vor den Schlichter.

Nach lebhaften Verhandlungen fällt der staatliche Schlichter einen Spruch, der in der Hauptsache eine Lohnkürzung von 8 vH enthält. Man geht nicht fehl, diesen Spruch der Reichsregierung auf die Rechnung zu setzen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß der Schlichter ohne, sagen wir einmal, freundlichen Zuspruch des Reichsarbeitsministers Stegerwald gehandelt hat. Übrigens entspricht der Lohnabbau dem Willen der Regierung. In ihren Verlautbarungen hat sie einen allgemeinen Lohnabbau von 6 vH für die Beamten — für den 1. April 1931 angekündigt. Und in dem verbindlichen Oeynhausener Schiedsspruch hat der Reichsarbeitsminister den Hüttenarbeitern eine Lohnkürzung von 7 vH auferlegt. Der jetzige Spruch für die Berliner Metallindustrie ist nichts als die Fortsetzung der Lohnquetscherei der Reichsregierung.

Der Oeynhausener Schiedsspruch wurde mit der Preissenkung bemäntelt. Und es hat nicht wenige Leute gegeben, die vermeinten, der Lohnsenkung werde eine Preissenkung folgen. Obwohl schon viele Wochen seit dem Spruch für die Eisenarbeiter verfloßen sind, hat noch kein Verbraucher etwas von einer Preissenkung bemerkt, von dem Gegenteil aber um so mehr. Das Gerede von der Preissenkung war ein Bluff — und für den Arbeitsminister ein Sälbchen, um sein Entgegenkommen gegenüber den schwerindustriellen Lohnquetschern zu überbieten.

In diesen Tagen lebt das Gerede von der bevorstehenden Preissenkung wiederum auf. Einige von den ganz hohen Herren der Metallindustrie sollen, so geht die Mär, übereingekommen sein, in allernächster Zeit die Preise für elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen, Eisen und andre Dinge, herabzusetzen. In einem Teil der bürgerlichen Presse wird jetzt, wo die Berliner Metallarbeiter in den Kampf getreten sind, der Kohl noch stärker aufgetragen. Sie könnten sich die Mühe wahrhaftig sparen. Denn ihre Auftraggeber haben zu oft das Geschichtchen von der bevorstehenden Preissenkung vorgetragen, als daß es noch Gläubige fände. Immer, wenn die Unternehmer einen Anschlag auf die Lohnhöhe vorhaben, kommen sie mit dem Kohl von der Preissenkung. Ist aber der Anschlag geglückt, verschwindet das Gemüse gleich wieder in die Kochkiste. Die Unternehmer halten die Menschen denn doch für erheblich dümmer, als sie sind.

Vor allem sollten sich die Arbeiter nicht von dem Preisabbau täuschen lassen. Wenn es der in Kartellen wohlorganisierten Sippe von Preistreibern ehrlich um den Preisabbau zu tun wäre, hätten sie ihn ja längst vornehmen können. Aber sie redet nur immer davon. Verständlich genug. Die Herren Profitgenossen wollen gar keinen Preisabbau, sondern den Lohnabbau. Sie wollen die furchtbare Arbeitslosigkeit dazu nutzen, das Einkommen der Arbeiter zu schmälern und deren sozialpolitische Errungenschaften zu vernichten, und alles dies, um ihren Profit und ihre Machtstellung zu erhöhen. Darum ging es bei allen Lohnkämpfen, darum geht es insonderheit bei dem jetzigen Streik in Berlin, und darum wird es auch künftig gehen.

Dessen sind sich die freien Gewerkschaften wohl bewußt. Dieses Bewußtsein trat auch in der jüngsten Sitzung des Bundesausschusses des ADGB und in seiner Entschlußung zu dem Berliner Konflikt scharf hervor.

Jeder Teilnehmer an dieser Sitzung war der festen Überzeugung, daß der Kampf der Berliner Metallarbeiter das große Vorgefecht ist für den allgemeinen Feldzug der Unternehmer gegen die Lohnhöhe und die sozialpolitischen Einrichtungen. Und jeder Redner hat es ausgesprochen, daß es sich bei dem jetzigen Berliner Lohnstreit um die Sache der gesamten deutschen Arbeiterschaft handelt. Würde der jetzige Versuch, den Lohn zu quetschen, nicht mit aller Entschiedenheit abgewehrt, so kämen in allen Gebieten und Gewerben die Unternehmer mit der gleichen Forderung, und die staatlichen Schlichter würden wie jetzt ihr Amtskollege in Berlin handeln, das heißt, das Schlichtungswesen zugunsten der Lohnquetscher mißbrauchen.

Diese Erwägungen haben den Bundesausschuß des ADGB bestimmt, den Berliner Metallarbeitern alle Unterstützung zuzusagen. Und aus denselben Gründen sind die Metallarbeiter dem Rufe ihrer Organisation gefolgt, den Kampf gegen die beabsichtigte Lohnkürzung aufzunehmen. Es geschah dies mit seltener Einmütigkeit und Promptheit. Tags zuvor hatten die Belegschaften durch eine Urabstimmung mit Achtzehntelmehrheit den Schiedsspruch zurückgewiesen. Die Entscheidung entsprach dem Wunsch der beteiligten Gewerkschaftsleitungen. Führer und Masse sind gleicherweise gewillt, den Anschlag unter allen Umständen abzuwehren.

Von den Berliner Metallarbeitern wird hier und da angenommen, sie stünden nicht fest zu ihrer Organisation, oder diese hätte keinen Einfluß mehr auf ihr Tun und Lassen. Zu dieser Annahme kann wenigstens der kommen, der der kommunistischen Presse glaubt. Sie hat in den letzten Wochen mit den Berliner Metallarbeitern und ihrer Streitsache in einer Weise Schindluder getrieben, die nicht gut zu beschreiben ist. In einem fort hat sie ihren bedauernswerten Lesern eingeschrien, die Berliner Metallarbeiter folgten nur der RGO (Revolutionären Gewerkschaftsopposition). Tag für Tag hat sie dreist behauptet, in allen Betrieben hätten die Metallarbeiter Streikausschüsse gewählt. Auf jeder Seite hat

sie die Albernheit gedruckt, die „Bürokratie des DMV“ gehe nur darauf hinaus, die Metallarbeiter den Ausbeutern auszuliefern. Und ohne Unterlaß schwatzt sie von teuflischen Absichten Max Urichs, des Bevollmächtigten der Berliner Ortsverwaltung des DMV.

Es ist ganz unnötig, zu betonen, daß dies alles glatte Erfindungen sind. Sie werden nur gemacht, um die Erfolgsaussicht der Arbeiter zu verhunzen. Und ebenso unnötig ist es, die Leitung des DMV oder seines Berliner Bevollmächtigten gegen die Anwürfe in Schutz zu nehmen. Beide stehen zu hoch über solche Albernheiten, als daß sie der Verteidigung bedürften. Immerhin sei eins betont:

Es hat schwerlich einen Kampf gegeben, wo die Führung mit solcher Entschiedenheit für die Sache der Arbeiter eingetreten und gewirkt hat wie hier. Und kaum je ist die Treue der Mitglieder zu ihrer Organisation so bewiesen worden wie in diesem Fall. Denn entgegen all den dringlichen Aufforderungen der RGO sind die Belegschaften erst dann in den Kampf getreten, als die Verbandsleitung dazu aufrief. Und in der großen Berliner Funktionärkonferenz am 12. Oktober erfuhr jeder der paar Redner, die von der RGO zu sprechen wagten, scharfe Zurückweisung.

Die Hoffnung der Unternehmer auf den „Dorn im Fleische der Gewerkschaften“ wird, so muß man annehmen, zuschanden werden. Die Berliner Metallarbeiter haben einhellig und begeistert den Kampf gegen die Lohnquetscherei aufgenommen. Sie werden ihn auch, das sind wir gewiß, zum guten Ende führen. Sie werden das tun, zunächst um ihrer selbst willen, dann auch, um das ihnen zugedachte Los von ihren Berufskollegen und Klassengenossen in anderen Gebieten Deutschlands abzuwehren.

Die Berliner Metallarbeiter sind die im Feuer stehende Vorhut gegen allgemeinen Lohnraub. Darum stehen alle Gewerkschaften zu ihnen. Darum richten sich die Augen des deutschen Proletariats auf sie. Darum müssen sie siegen! Darum werden sie siegen!

Das Programm der Gewerkschaften

Die Mittel und Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise

Der Bundesausschuß des ADGB war am 2. und 3. Oktober in Berlin versammelt, um sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu beschäftigen. Am Schluß der Beratung, worüber an anderer Stelle dieser Ausgabe ausführlich berichtet wird, wurde das Ergebnis in folgender programmatischer Entschlußung niedergelegt:

I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Maßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht.

Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar.

Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine

Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für

dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Reichsmark Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Baumarktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der

Aus dem Inhalt

	Seite
Die Metallindustrie Berlins steht still — Das Programm der Gewerkschaften	337
Ein Industrieller als Blechschmied	338
Versilberung und Vergoldung — Schriftliches Ferngespräch — Aluminiumlegierungen mit der Festigkeit von Stahl	339
Stubenrein — Fiebermessen — Eine Kriegerwitwe an ihren nationalsozialistischen Sohn	340
Bildungsarbeit zur Werbung für den Verband — César Fraischlen — Kanton am Perfluß — Wiederholung der Dresdener Hygiene-Ausstellung 1931	341
Der Bundesausschuß des ADGB zum Berliner Lohnstreik	342
Die Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise — Aus Sowjetrußland	343
Die Arbeiter herausgekurbelt — Schriftenschau — Anzeigen	344

Ein Industrieller als Blechschmied

„Heraus aus der Arbeitslosigkeit — durch Mehrarbeit!“

Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert. Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine

gesetzliche 40stündige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte

im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die frei werdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fördert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

III.

Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie die Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber

niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmungen einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

Die Eisenbarone besichtigen ihre Provinzen

I. B. Neulich beherbergte die Tschechoslowakei gar auslesene Gäste: gegen 200 Eisen- und Stahlbarone waren aus der ganzen Welt gekommen, sich hier ein Stelldichein zu geben und zu beraten, wie sie sich noch besser als bisher die Arbeiter und die Konsumenten ausplündern könnten. Es erschien Sir William Larke aus London, der Direktor der National Federation of Iron and Steel Manufacturers, Professor Bradley Staughton, hatte die weite Reise aus dem amerikanischen Bettleben nicht gescheut, es dürfte begreiflicherweise auch Herr Schneider-Creutz, der Präsident der Union Européenne Industrielle et Financière nicht fehlen. Auch Dr. Henry Louis, der Präsident des Iron and Steel Institut, war vorhanden, Wiking Johnson, der Präsident des schwedischen Eisenwerkvereins, Stahlwerksdirektor Mr. Gance aus Glasgow, Arthur Sprenger, Direktor der Siemens-Werke, Berlin, und auch der einheimische Herr Sooschewitsch, Sachwalter Rothschilds in den Witkowitz Eisenwerken — sie waren alle, alle da. Und berieten sie sorgfältig, wie sie sich die Eisen- und Stahlindustrie in der ganzen Welt geht.

Nach den erledigten Sorgen aber bestiegen sie ihren Pullmann-Zug — die Schlafwagen hatte man aus Frankreich bestellen müssen, da anscheinend die tschechoslowakischen nicht ge-

Die schwere Wirtschaftskrise wird von allerhand Leuten benutzt, sich als Blechschmiede zu produzieren. Einer von ihnen nimmt sich die Bergwerks-Zeitung als Podium. Das schwerindustrielle Blatt stellt seinen Mann vor als einen „der ersten deutschen Industriellen, dessen Erfolge im Dienste der deutschen Wirtschaft ihn in hervorragendem Maße berechtigen, ein Wort zu der gegenwärtigen Krise zu sagen“. Es ist jammerschade, daß das Blatt den Prachtkerl nicht nennt. Sein „Wort“ könnte ihn allbekannt machen als „unübertrefflichen Blechschmied. Dieses „Wort“ hat uns eine ziemliche Anzahl von Zuschriften eingebracht. Die einen führen das schwere Geschütz wirtschaftlichen Tatsachenmaterials dagegen auf, die andern ranzigen Spott. Wir lassen zwei der Zuschriften hier folgen. In der einen heißt es:

Unter der Überschrift „Heraus aus der Arbeitslosigkeit — durch Mehrarbeit“ bringt die Bergwerkszeitung vom 12. Oktober einen Aufsatz, auf den die Kritik des „Tagebuchs“ zu trifft: „Zum Verzweifeln ist es jedenfalls, daß Autoren solchen Breies in diesen Zeiten schon zu den ‚Hervorragenden‘ zählen.“ Die geistige Armseligkeit dieses „hervorragenden“ Industriellen geht aus folgenden Sätzen hervor:

„Wer trägt die Schuld an diesen unerhörten Zuständen? Vor allem die Gewerkschaften! Wer hilft uns, diesen Unverstand zu besiegen? Unser Volk wird verrotten und untergehen, wenn wir diese Hemmung nicht beseitigen. Gewiß, ich kann verstehen, daß die Gewerkschaften mit ihren 70 000 Gewerkschaftssekretären und Agenten sich bemühen, von dem Ertragnis der Arbeit einen möglichst hohen Prozentsatz für die Arbeiter zu sichern. Jeder vernünftige Mensch wird ihnen dieses Recht zugestehen. Das Verderbliche an der Sache ist nur, daß sich die Herrschaften um das Ertragnis der Arbeit gar nicht kümmern. Sie betrachten diese Seite der Wirtschaft so, als wenn sie vollständig nebensächlich wäre...“

Der langen Rede kurzer Sinn: Fort mit den parteipolitisch eingestellten Gewerkschaftssekretären aller Berufsstände, die die Wirtschaft bisher in hohem Maße und mit Mißerfolg beeinflusst haben, ohne die komplizierten Zusammenhänge der einzelnen Wirtschaftszweige unter sich zu verstehen. Dafür Bestellung eines von der Politik nicht beeinflussten Wirtschaftsdirektors, der dafür sorgt, daß alle Arbeitslosen, einschließlich der Angestellten, alsbald wieder Beschäftigung und Brot erhalten.“

Das ist alles, was ein „hervorragender“ Industrieller zur Beseitigung einer Krise, die die gesamte kapitalistische Wirtschaft erfaßt hat, zu sagen hat. Wäre es nicht ratsam, der „hervorragende“ Industrielle liebe einmal von einer Hilfskraft darüber nachdenken:

11344 Aktiengesellschaften gibt es nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Nehmen wir für jede dieser Aktiengesellschaften 3 Direktoren an (jeder Arbeiter weiß, daß es oft mehr als 3 sind), und nehmen wir an, daß jeder dieser Direktoren ein Durchschnittseinkommen von 50 000 M im Jahre hat (auch das ist niedrig gerechnet), so ergeben sich folgende Zahlen: 11344 Aktiengesellschaften mit je 3 Direktoren = rund 34 000 Direktoren zu je 50 000 M Jahreseinkommen durchschnittlich = 1 701 600 000 M Gesamteinkommen. Weiter: Jede Aktiengesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Nehmen wir für jede dieser Aktiengesellschaften 10 Aufsichtsratsmitglieder an, so kommen wir auf 113 400 Aufsichtsratsmitglieder. Wir wollen für jedes dieser Aufsichtsratsmitglieder als Durchschnitts-

nügend bequem sind — und führen, 700 Tonnen schwer, das Lebendgewicht der 200 bedeutenden Zeitgenossen nicht eingerechnet, in 12 Schlafwagen und 2 Speisewagen nach Pilsen und Witkowitz, um sich auch einmal die Arbeiter anzugucken. Nämlich jene, die ihnen die Profite schaffen und mit ihren Lohnforderungen das Leben so schwer machen. Sie staunten über die Güte der tschechoslowakischen Eisenindustrie; die Löhne von 200 Kc abwärts fanden sie durchaus in Ordnung. Vielleicht haben sie sogar gelernt, wie man die Arbeiter noch besser ausplündern kann als bisher, und sie werden sicherlich nicht versäumen, das zu Hause entsprechend auszunutzen.

Der Arbeiter aber mußte sich wohl zurückhalten, um den freisten Herren nicht seine Meinung zu sagen. Sie, die jeden Pfennig Lohnerhöhung unter Hinweis auf die schlechte Lage ablehnen, die sogar darauf ausgehen, auch noch die kärglichen Schundlöhne weiter herabzusetzen, ihnen erscheint es als reine Selbstverständlichkeit, daß für sie aller Luxus eben recht genug ist. Die anderen, in der Hölle der Eisen- und Stahlwerke schwitzend und schuftend, oft genug verblutend — sie aber im Licht und in der Sonne, genährt und gemästet von fremder Arbeit, von fremdem Schweiß.

Wahrlich, es ist eine schöne Ordnung, in der wir leben! Aber da hilft kein Zähneknirschen, da hilft es nicht, die Faust in der Tasche zu ballen und zu verzweifeln an der Ungerechtigkeit der Welt. Es gilt, die Arbeiter ihre Kraft erkennen zu lehren, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie selbst es sind, die ihr Schicksal schmieden.

Keinen Schiedsspruch!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsarbeitsminister aufzufordern, den Schiedsspruch vom 10. Oktober 1930 über die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären.

Aufreizung zum Klassenkampf

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Es ist heute beinahe wie 1914, wo es so schön hieß: Hier können noch Kriegserklärungen abgegeben werden! Allerorten rüstet nicht der äußere, wohl aber der innere Feind zum Kampf gegen die Arbeiterklasse. Im Westen ist dies besonders zu studieren. Nachdem in der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie der Lohnabbau von 7% vH durchgeführt ist, im Ruhrbergbau der Abbau um 10 vH beantragt, der Kampf durch Schiedsspruch nur um drei Monate hinausgezögert worden ist, folgen die übrigen Unternehmen der Reihe nach mit ihren Lohnkürzungen. Allein im Verkehrsgewerbe sind zur Stunde sechs Tarifverträge gekündigt zwecks Lohnabbau. Daneben hat die Rheinschiffahrt und ebenso die Binnenschiffahrt für die Westdeutschen Kanäle die Lohn- und Gehaltsabkürzungen zum Ende Oktober gekündigt. Dabei sind hier die Verdienste von jeher äußerst niedrig gewesen. Für eine Fahrzeit von 12 bis 14 Stunden erhält der Kapitän und Maschinist ein Gehalt von monatlich 234 bis 264 M, der Schiffsführer 205 bis 233 M, der Vollmatrose 35,40 M je Woche und der Heizer 39,90 M. Sämtliche Arbeiter sind infolge des Pendelverkehrs zwischen dem Industriegebiet und der Wasserkante gezwungen, einen doppelten Haushalt zu führen bei den angeführten niedri-

vergütung 6000 M jährlich annehmen, so erhalten diese zusammen 680 400 000 M jährlich. Die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder erhalten demnach 2 382 000 000 M. Wir glauben, daß eine fühlbare Entlastung der deutschen Wirtschaft eintreten würde, wenn wir die Forderung des „hervorragenden“ deutschen Industriellen auf diese Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder übertragen würden. Der deutschen Wirtschaft würde es wohl sein, wenn sie von diesen Blutegeheulen befreit sein würde.

In der anderen Zuschrift heißt es: Man höre die Weisheiten des „hervorragenden“ Industriellen der Bergwerks-Zeitung:

Nur durch Arbeitszeitverlängerung könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Im Bergbau zum Beispiel betrage die Arbeitszeit etwas über 6 Stunden. Bei einer Verlängerung von einer Stunde ohne Erhöhung der Löhne und Gehälter würde eine kostenlose Mehrleistung von 50 000 t Kohle täglich anfallen. Damit könne man die ausländische Konkurrenz aus dem Felde schlagen und auch die Engländer im eigenen Lande unterbieten. Die bisher aus dem Ausland bezogenen Lebensmittel in Höhe von 1645 Millionen M könnten ohne große Anstrengung (der Industriellen! Schriftlitz. der MZ) im eigenen Lande produziert werden. Ähnlich sei es bei der Einfuhr von Roh- und Halbfabrikaten, die 4 Milliarden ausmachen.

Wer da annimmt, daß unsere Wirtschaftskrise verursacht ist durch tiefgehende technische und organisatorische Wandlungen in der Weltwirtschaft, der muß nach solchen Auslassungen zu der Auffassung kommen, daß auch die menschliche Torheit einen wesentlichen Anteil daran hat. Wenn man dann aber weiter liest, daß

eines absolut sicher ist, nämlich, daß es in zwei Jahren keinen einzigen Arbeitslosen mehr geben würde, wenn die vorhandenen 70 000 Arbeitersekretäre verschwinden würden und dafür die Wirtschaft nur von einem einzigen Manne geführt werden könnte....

dann wird man seines Lebens wieder froh, dann ist immer noch Hoffnung. Es fällt einem wirklich schwer, an einer solchen Kindlichkeit (oder Unwahrhaftigkeit) zu mäkeln. Immerhin seien ein paar Zahlen angeführt. Nach den Angaben des Genialen der Bergwerks-Zeitung kommen auf etwa 70 Gewerkschafter 1 Gewerkschaftssekretär (5 000 000 : 70 000 = 70). Das kann nicht stimmen, wenn man beobachtet, daß jeder Gewerkschafter, der beim Arbeitsgericht seinen Lohn einklagt oder beim Arbeitsamt und vor den Spruchkammern der Sozialversicherung sein Recht sucht, seinen eigenen Sekretär mitbringt. Es ist tatsächlich so — die Welt weiß es nur noch nicht — daß jeder Gewerkschafter heute seinen Sekretär hat.

In der Ortsgruppe unserer Gewerkschaft sind wir allerdings noch sehr weit zurück. Wir haben bei 7000 Mitgliedern erst 5 Sekretäre. Wenn wir die Zahl des „hervorragenden“ Industriellen erreichen wollen, müssen wir noch 95 Sekretäre einstellen. Das Arbeitsamt wird sich freuen.

„Wer“, fragt der unübertreffliche Blechschmied, „trägt die Schuld an diesen Zuständen? Die Gewerkschaften aller Berufsverbände und aller Parteieinrichtungen!“ Wie Figura zeigt, zieht es der Industrielle vor, die Schuld an dem Unheil dem Kesselheizer zuzuschreiben. Demselben Kesselheizer, der 1918 so namenlos gutmütig war, aus dem Kesselraum heraufzusteigen und die Führung des Schiffes zu übernehmen, das von seinen Führern auf den Grund gejagt und verlassen worden war, dem man aber dann, als das Schiff wieder auf die hohe See gebracht die Führung wieder aus der Hand wand.

gen Löhnen. Und trotz dieser doppelten Belastung des Haushaltes sollen die Verdienste noch gekürzt werden. Bemerkenswert wollen wir dabei, daß die maßgebenden Kreise in der Binnenschiffahrt dieselben sind, die den Bergbau und die Metall- und Hüttenindustrie beherrschen.

Das ist der klarste Beweis dafür, daß die Unternehmer nicht die Absicht haben, auch nur die geringste Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft zu nehmen, sondern gewillt sind, den deutschen Arbeiter auf die Stufe des chinesischen Kuli herabzudrücken.

Eine Ohrfeige für die Lohnquetscher

Die Ford Motor Company in Berlin-Plötzensee hat am Tage des Beginns des Streiks in der Berliner Metallindustrie, also am 15. Oktober, an eine Anzahl ihrer Arbeiter folgendes Schreiben gerichtet:

„Infolge Ihrer erhöhten Leistungsfähigkeit ist es uns möglich gewesen, Ihren Lohn per 20. Oktober 1930 von 2,40 M auf 2,50 M pro Stunde zu erhöhen. Wir wissen, daß diese Zulage dazu beitragen wird, Ihre Kaufkraft zu erhöhen.“

Edm. C. Heine, Generaldirektor.“

Demgegenüber sei daran erinnert, daß der tarifliche Spitzenlohn in den Berliner Metallbetrieben die Hälfte des von Ford in Berlin bezahlten, und zwar 1,12 M beträgt. Und selbst diesen Lohn wollen die deutschen Metallindustriellen noch kürzen, weil sie angeblich an den hohen Löhnen zugrunde gehen. So sind nun einmal die deutschen Unternehmer. Daher ihr Ruf.

Kürzung der Spitzengehälter

Im Reichstag haben die Sozialdemokraten folgenden Antrag eingebracht:

1. Die Diäten der Mitglieder des Reichstages werden mit sofortiger Wirkung um 20 vH herabgesetzt.
2. Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstag alsbald eine Vorlage auf dementsprechende Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, der Reichsminister und der Ministerpensionen zu unterbreiten mit der Maßgabe, daß die Pensionen den Betrag von 12 000 M jährlich unter Anrechnung sonstiger Bezüge nicht übersteigen dürfen.

Kurstürze an der Börse

An der Effektenbörse sieht es sehr flau aus. Bis Anfang Oktober sind die Wertpapierkurse an den deutschen Börsen derart gesunken, daß sie vielfach kaum die Hälfte des Wertes repräsentieren als am Jahresschluß 1929. Das Börsenpublikum ist über den Wahlsausgang und die Unsicherheit der deutschen Verhältnisse derartig bestürzt, daß es seine Wertpapiere selbst zu den niedrigsten Kursen loszuschlagen versucht. Wenn auch an den Weltbörsen Konkursrückgänge allgemein zu beobachten sind, so erfolgt sie in Deutschland in weit höherem Maße. Die Verluste des Effektenpublikums in diesem Jahre werden auf mehr als 2 Milliarden M geschätzt. Wie mancher von diesen Herrschaften wird durch seine Stimmenabgabe bei der Reichstagswahl zu diesem Ergebnis beigetragen haben.



Technik und Werkstatt



Versilberung und Vergoldung

durch Anreibe-, Sud- und Kontaktverfahren

Die Anreibe-, Sud- und Kontaktverfahren ermöglichen eine schnelle Ausbesserung schadhafte gewordenen Silber- oder Goldplattierungen. Diese Verfahren sind daher unentbehrlich für jede kleinere kunstgewerbliche Anstalt, da sie ohne jegliche Apparatur schnell und sicher ausgeführt werden kann. Die Erzeugung dieser Niederschläge erfolgt durch Eintauchen, Anpinseln oder Anreiben der Gegenstände mit entsprechenden Lösungen. Jedoch sind die erzielten Niederschläge äußerst dünn. Die Abscheidung dieser Metalle ist ebenfalls als elektrochemischer Prozess anzusprechen; denn bei der Abscheidung geht eine gewisse Menge des zu verarbeitenden Metalls in Lösung, damit die in der Lösung enthaltenen Metallionen im Gleichgewicht gehalten werden.

Bei weniger positiven Metallen findet durch das Eintauchen in eine Metallsalzlösung keine Metallabscheidung statt. Es kann dies aber bewirkt werden, wenn man das weniger positive mit einem stark elektropositiven Metall in Berührung bringt, wie zum Beispiel Zink, Aluminium, Eisen. Man nennt dieses Verfahren das Kontaktverfahren. Bei der Berührung solcher Metalle entsteht eine Voltasche Kette, das heißt das Zink sendet die positiven Ionen in die Lösung und gibt Elektroden ab, die von dem andern Metall fortgeleitet werden und dort die Ausfällung der betreffenden Metallionen erzwingen.

Der von dem Zink zu dem anderen Metall ausgehende galvanische Strom verdankt seine Entstehung dem Lösungsvorgang des Zinks. Der durch Kontakt erzeugte Strom ist ein sehr geringer; deshalb müssen die Metallsalzlösungen einen äußerst geringen Widerstand haben und stark an Metallionen konzentriert sein. In den einfachen Metallsalzlösungen, wie zum Beispiel Kupfersulfat, Silbernitrat u. a. ist die Metallionenkonzentration so groß, daß die Metallabscheidung zu schnell erfolgt und pulverförmig vor sich geht. Man benutzt deshalb Lösungen, die das Metall in Form von komplexen Salzen enthalten und deren Lösungsdruck ein geringerer ist. Taucht man zum Beispiel Kupfer in eine Zyanidkaliumlösung, so wird das Kupfer durch seinen eigenen Lösungsdruck Kupferionen in den Elektrolyten senden, wodurch eine entsprechende Menge Silberionen ausgeschieden werden, welche sich mit dem metallischen Kupfer verbinden. Sobald sich das Kupfer mit Silber bedeckt hat, steht der Lösungs- und Abscheidungsprozess still. Hieraus ergibt sich, daß durch die Tauch-, Sud- oder Anreibeverfahren nur hauchdünne Niederschläge erhalten werden und selbst durch längeres Eintauchen nicht verstärkt werden. Im Gegenteil ist letzteres meist schädlich, da die Metallfarbe mißfarbig wird.

Die Versilberung. Das Auftragen von Silberpasten erfolgt mit dem Schwamm oder einem Pinsel. Diese Anreibeversilberung ist besonders da angebracht, wo fehlerhafte Stellen im Metallniederschlag vorhanden sind. Es besteht eine solche Paste aus folgenden Substanzen: Man löst 10 g Silbernitrat in 50 g Wasser, setzt eine Lösung von 25 g Zyanidkalium in 50 g Wasser hinzu und verrührt tüchtig. Alsdann mischt man 100 g Schlammkreide mit 10 g Weinstein und benetzt das Gemisch mit soviel obiger Lösung bis zur Erzielung einer streichbaren Paste. Der Brei kann dann mittels Pinsels oder Schwamm aufgetragen werden, dann spült man den bereits angetrockneten Anstrich mit Wasser ab und trocknet den Gegenstand. Diese Paste enthält das komplexe Zyanidkalium. Arbeitet die Paste zu langsam, so gibt man etwas Silbernitrat zu.

Die Sudversilberung eignet sich sehr gut für Massenartikel und können diese schnell in einem Steinzeugsieb versilbert werden. Der Sud kann angewandt werden auf alle Kupferlegierungen sowie auf gut vermessigte und verkupferte Gegenstände, und setzt sich zusammen aus: 1 Liter Wasser, 10 g Silbernitrat, 35 g Zyanidkalium.

Der Sud ist ungefähr auf 80 bis 90 Grad Celsius in einem emaillierten Gefäß zu erwärmen, worauf man die gut entfetteten und gebeizten Gegenstände eintaucht, bis sie gleichmäßig versilbert sind. Der Niederschlag fällt glänzend aus, wenn die

Unterlage poliert war, und wird durch längeres Eintauchen matt und mißfarbig. Der Silber Niederschlag fällt besonders weiß aus, wenn man nur 20 g Zyanidkalium je Liter verwendet; denn hoher Zyanidkaliumgehalt gibt milchige, teils matte oder bläuliche Versilberung. Ein mattes Arbeiten des Sudes kann durch Zusatz von Ammonkarbonat oder Kochsalz beseitigt werden. Der Sud kann auch kalt angewandt werden; jedoch muß der Zyanidkaliumgehalt auf 50 g je Liter erhöht werden. Allmählich arbeitet der Sud träger und versilbert schließlich überhaupt nicht mehr. Durch Zusatz von Zyanidkalium kann eventuell die Wirkung wieder hergestellt werden, aber meistens fehlt es an Silber. Besonders weiße Niederschläge werden erzielt, wenn man nach dieser Sudversilberung noch eine Salzversilberung vornimmt. Es ist dieses eine Auflösung von Silbernitrat mit etwas Kochsalzlösung.

Die Kontaktversilberung wird in den gleichen Bädern vorgenommen, wie sie zur Sudversilberung dienen. Zu diesem Zweck werden die Gegenstände mit Kontaktsieben aus Aluminium oder Zink eingetaucht. Besonders für große Gegenstände ist die Kontaktversilberung angebracht, weil man mit ihr gleichmäßige Niederschläge erzielen kann, und werden sie zu diesem Zweck mit Zink- oder Aluminiumdraht umwickelt. Es finden folgende Lösungen zur Kontaktversilberung Anwendung: 20 g Silbernitrat löst man in 500 g Wasser auf und fügt eine Lösung von 25 g Zyanidkalium in 500 g Wasser hinzu.

Der Sud arbeitet am besten bei einer Anwärkung von 50 Grad Celsius mit Zinkkontakt. 10 g Silbernitrat werden in Wasser gelöst und mit Kochsalz oder Salzsäure zu Chlorsilber ausgefällt. Das ausgewaschene Chlorsilber wird gelöst in 70 g Salmiakgeist, 40 g Zyanidkalium, 40 g Soda, 15 g Kochsalz und 1 Liter Wasser. Der Sud wird ebenfalls warm angewandt und arbeitet mit Zink- und Aluminiumkontakt.

Die Vergoldung. Zur Anreibeversilberung eignet sich folgende Lösung: Man löst 20 g Goldchlorid in 20 g Wasser auf und fügt eine Lösung zu von 60 g Zyanidkalium in 80 g Wasser; sodann vermengt man 100 g Schlammkreide mit 10 g Weinstein und benetzt das Gemisch mit soviel Lösung bis zur Erzielung einer streichbaren Paste. Die Anwendung ist dieselbe wie bei der Silberpaste. Zum Vergolden kleiner Massenartikel eignet sich folgender Goldsud: 1 Liter Wasser, 5 g phosphorsaures Natrium, 3 g Atzkali, 16 g Zyanidkalium, 1 g Goldchlorid. In drei Viertel der angegebenen Wassermenge löst man das phosphorsaure Natrium und das Atzkali, in dem anderen ein Viertel Zyanidkalium und Goldchlorid, vermischt beide Lösungen und erwärmt bis auf Kochhitze. Sein Goldgehalt läßt sich fast gänzlich ausnützen. Es ist ratsam, in einem besonderen Sud vorzuvorgolden und in einem Sud gleicher Zusammensetzung fertig zu vergolden. Werden die Gegenstände rot, so fehlt es an Zyanidkalium; bleiben sie grau oder unvergoldet, so fehlt es an Gold.

Ein weiterer Goldsud ist folgender: 1 Liter Wasser, 0,5 bis 1 g Goldchlorid, 10 g Zyanidkalium, 6 g Natriumphosphat, 3 g Atznatron, 3 g Natriumsulfid. Die erzielte Goldschicht ist äußerst dünn und kann durch Zinkkontakt verstärkt werden. Die mit Natriumphosphat hergestellten Goldlösungen liefern besonders schöne Goldfarben.

Auf Eisen und Stahl erhält man durch Auftragen einer Lösung von Goldchlorid in Äther nach Verdunstung des Äthers einen Goldüberzug, den man durch Reiben glänzend erhält. Durch Zeichnen mit einer in diese Lösung getauchten Gänsefeder lassen sich auf Eisen und Stahl Goldornamente hervorbringen.

Für Kontaktvergoldungen eignen sich folgende Lösungen: 1 Liter Wasser, 1 g Goldchlorid, 80 g Natriumphosphat. 1 Liter Wasser, 2 g Goldchlorid, 10 g schwefelsaures Natron, 5 bis 10 g Zyanidkalium, 60 g phosphorsaures Natrium.

Die Bäder werden warm angewandt, etwa 40 bis 50 Grad Celsius, und arbeiten mit Zink- und Aluminiumkontakt.

K. Sch.

handelt sich bei dieser Telegrafie nicht um drahtlose Übermittlungen; aber es kommen hier Resonanzerscheinungen zur Geltung, wie sie dem Kenner des Radio geläufig sind, der um Abstimmungen auf gewisse Frequenzen Bescheid weiß.

Der Leser wolle sich zunächst vorstellen, daß die kurzen Gleichstromstöße, wie sie bei dem T auftraten, ersetzt werden durch ganz kurz anhaltende Wechselstöße, die aber an der Empfangsstelle geradeso wirken wie Gleichstromstöße. Nun sollen in Berlin zugleich 12 Springschreiber arbeiten, und in Hamburg wollen 12 Apparate für sich die Telegramme erhalten, obwohl nur eine einzige Leitung zur Verfügung steht. Apparat 1 in Berlin soll also mit Apparat 1 in Hamburg in Verbindung treten, Apparat 2 mit Apparat 2 — und so fort. Das wird auf eine feine Weise dadurch erreicht, daß jeder Springschreiber beim Senden Wechselströme von einer ganz bestimmten Frequenz entfesselt, und daß jeder Apparat beim Empfangen nur auf die Frequenz anspricht, die der Sender gleicher Nummer gibt.

Arbeiten in Berlin 12 Maschinen, so entsteht in der Leitung natürlich ein Wellengemisch, das ein ganz unentwirrbares Durcheinander zu bilden scheint. Und doch lassen sich die 12 einzelnen Telegramme sauber auseinanderlegen. Es wird nämlich dieses ganze Gemisch zunächst allen Maschinen in Hamburg vorgesetzt. Aber jeder von ihnen ist eine Aussiebvorrichtung vorgeschaltet, und so schöpft sich zum Beispiel Apparat 4 nur das heraus, was der Sender 4 geschickt hat. Die Frequenzen müssen natürlich einen gewissen Abstand haben, und ein gleichzeitiges Arbeiten mit 12 Springschreibern dürfte zunächst die Höchstgrenze des Möglichen erreichen.

Der Springschreiber läßt sich leicht auch von Leuten bedienen, die keine besonderen Vorkenntnisse besitzen. Jede Stenotypistin kann mit ihm arbeiten, und sie darf dabei ihre Finger mit der größten Hirtigkeit bewegen, weil der Apparat auch dann noch sicher Schritt hält. Es werden in Deutschland gegenwärtig monatlich 2500 Springschreiber gebaut, und es gehen von diesen ungefähr 90 vH nach Amerika. Im übrigen wird diese Maschine aber auch gern in Deutschland benutzt. Unsere Reichspost betreibt jetzt rund 200 Apparate, und es ist in Leipzig dieser Ferndrucker ausschließlich in Verwendung, indem der Hughesapparat und der sogenannte Siemens — ein Schnellschreiber — ausgeschaltet worden sind. Und die Verwendung der Tonfrequenzen ermöglicht es noch, mit wenig Draht viel zu telegrafieren.

Aber der Springschreiber findet auch Benutzung zwischen privaten Stellen. Man kann nämlich von der Post einen Draht mieten, und für einen Verkehr zwischen Berlin und Hamburg zahlt jeder der beiden Teilnehmer nur 20 M für 24 Stunden, während deren etwa 200 Briefe erledigt werden können. Die Post erhält dann für jeden Brief 20 Pf.

Hans Bourquin.

Aluminiumlegierungen mit der Festigkeit von Stahl

Im Jahre 1903 entdeckte Wilm die Vergütbarkeit von Aluminiumlegierungen; er fand, daß durch geeignete Wärmebehandlung die Festigkeitseigenschaften ganz wesentlich gesteigert werden können. Es verging indessen noch mehr als ein Dutzend Jahre, bis die Industrie die Bedeutung des Verfahrens erkannte und in großem Maßstab durchführte, was wohl daran gelegen haben mag, daß — im Gegensatz zum Stahl — die Metallurgie der Aluminiumlegierungen ganz in den Anfängen steckte und man vielfach noch im Dunkeln tappte. Ohne Zweifel sind in dieser Zwischenzeit der Aluminiumindustrie ungezählte Millionen verloren gegangen, denn die Legierungen von damals besaßen nur dürftige mechanische Eigenschaften.

Die Auffindung der Vergütbarkeit von Aluminiumlegierungen bedeutet einen Markstein in der Geschichte der Aluminiumindustrie, sie hat dieser Industrie neue Gebiete erschlossen und das Aluminium ist mit an die Stelle unserer besten Konstruktionsmaterialien gerückt. Beim Vergüten sind zwei Stufen zu unterscheiden. In der ersten wird die Legierung längere Zeit auf eine genau bestimmte, verhältnismäßig nicht hohe Temperatur gebracht, bei der die spätere Härte hervorruhenden Legierungsbestandteile sich im Aluminium lösen, eine sogenannte feste Lösung bilden; hierauf folgt an zweiter Stelle das Abschrecken in einem geeigneten Kühlmittel. Der Werkstoff hat dann nicht sofort seine größte Festigkeit und Härte erreicht, wie dies beim Stahl der Fall ist, vielmehr nimmt diese noch langsam zu, eine Erscheinung, die als Altern bezeichnet wird. Vergütete Aluminiumlegierungen sind in ständiger Schmeldeisen, Stahlguß, Messing und Bronze, Kupfer-, Messing- und Stahlblech, Stahlrohre und Profilen zu ersetzen.

Die größte und vorteilhafteste Verwendung finden die vergütbaren Aluminiumlegierungen im Verkehrswesen zu Wasser und zu Lande sowie in der Luft, wo sie bedeutende Gewichtsersparnis ermöglichen. Beim Gewicht der neuesten Flugmotoren entfallen rund 50 vH auf solche Aluminiumlegierungen; auch stark beanspruchte Teile, wie Doppel-T-Balken, die sonst nur aus Stahl bestehen, werden heute aus dem genannten Werkstoff hergestellt und beim Bau von Autos, Straßen- und Eisenbahnwagen, Häusern u. dergl. benutzt. Ein künftiges großes Anwendungsgebiet für vergütbare Aluminiumlegierungen, die im allgemeinen nur wenige Hundertheile Kupfer, Silizium, Nickel, Magnesium oder Mangan enthalten, ist auch die Herstellung von Werkzeugen und Werkzeugmaschinen. Doch ist hier Voraussetzung, daß die Preise des Werkstoffes sich noch senken müssen.

Eine höchst dehnbare Metallegierung

Gummimetall genannt, hat der dänische Ingenieur Frederik Frederiksen Kjøge hergestellt. Die Legierung soll so leicht wie Aluminium, aber auch völlig undurchdringlich für Geschosse (?) sein. Man will die Legierung in der Kriegsindustrie und in der Automobiltechnik verwenden.

Ein Lautsprecher aus Beton. In einer kleinen Stadt hat ein Rundfunkteilnehmer einen eigentümlichen Lautsprecher im Hofe seines Hauses aufgestellt. Das schallführende Rohr und der Trichter sind aus Beton hergestellt und haben zusammen eine Höhe von etwa 2½ Meter. Das Gewicht macht ungefähr 270 kg aus. Werden in diesem Betonbau kräftige Schallwellen erregt, so können alle Einwohner des kleinen Ortes die Darbietungen umsonst genießen.

Schriftliches Fern-Zwiegespräch

12 Schreibmaschinen-Schriftsätze gehen zugleich über eine Leitung

Wenn jemand eine eilige Nachricht zum Beispiel von Berlin nach Hamburg befördern will, so bedient er sich des Fernsprechers, oder er läßt ein Telegramm abgehen. Aber das Telefongespräch wird nicht unschriftlich festgelegt, wenn man nicht etwa die neue Einrichtung mit dem magnetischen Stille-Draht anwendet, in dem sich die Laute gewissermaßen als magnetische Knoten festsetzen, die dann immer wieder in hörbare Worte umgemünzt werden können. Und das Telegrafieren ist eine etwas mühsame und teure Angelegenheit, wobei der Text knapp gefaßt werden muß.

Es wäre nun eine Einrichtung erwünscht, bei der man in Berlin einen Text einfach abtippte, der dann sofort über Draht in Hamburg auf einem Apparate als schön gedruckter Schriftsatz mit entstünde. Und ein solches Verlangen läßt sich jetzt mit dem Springschreiber erfüllen. Die Wünsche dürfen sogar noch weiter schweifen. In Berlin sollen zugleich 12 Nachrichten mit 12 Tastaturen auf einer Leitung nach Hamburg geschickt werden, und dort sollen 12 Schreibmaschinen sie sauber getrennt und unverzüglich auf 12 gummierte Papierstreifen bringen. Auch das wird möglich, wenn man sich der Tonfrequenz-Telegrafie bedient.

Der Springschreiber — wegen seines in kleinen Sprüngen erfolgenden Arbeitens so benannt — ähnelt einer Schreibmaschine. Diese hat eine Tastatur und Typen, die in korbformiger Weise gelagert sind. Jede Maschine vereinigt in sich einen Sender und einen Empfänger, so daß zwischen zwei Stationen wechselnd hin und her telegraphiert werden kann.

Nehmen wir nun an, daß der Buchstabe T von Berlin nach Hamburg geschickt werden soll. Dessen Strombild sieht folgendermaßen aus:

+ - + - +

und dies bedeutet: beim Übermitteln von T geht erst ein positiver, ganz kurzer Stromstoß in die Leitung; dann wird diese wieder für einen Augenblick stromlos; des

weiteren folgt ein neuer Stromstoß, eine Pause und schließlich noch einmal ein Stoß.

Jeder Buchstabe hat seine bestimmte Fünfer-Kombination, wobei 32 verschiedene Strombilder möglich sind. Da die Maschinen aber mit einer Umschaltung arbeiten, so daß z. B. mit der T-Taste auch die Zahl 5 gegeben werden kann, stehen sozusagen 64 Kombinationen zur Verfügung, die für alle Großbuchstaben, Zahlen und sonstige Zeichen ausreichen.

Die Stenotypistin braucht sich um diese Kombinationen aber gar nicht zu kümmern. Sie drückt einfach ihre T-Taste in gewohnter Weise. Dabei verschieben sich fünf linealartige Schienen so, daß sie eine ganz bestimmte Stellung zueinander einnehmen. Und dann holt ein kleiner Motor von jenen Schienen die T-Kombination herunter, läßt Stromstöße so in die Fernleitung gehen, wie sie für die Übermittlung dieses Buchstabens nötig sind. In der Gegenstation bringen darauf die besonders geordneten Stöße wieder fünf Schienen in eine bestimmte Lage, und von diesen holt sich ein dortiger Motor das T herunter, indem er die T-Taste zwingt, zu drücken.

Mit dem Springschreiber läßt sich auch ein schriftliches Zwiegespräch ausführen. Wenn nämlich Berlin tastet, so erscheint der betreffende Schriftsatz nicht nur in Hamburg, sondern auch auf dem Papierstreifen in Berlin selbst — und umgekehrt. Berlin beginnt die Korrespondenz, und der dortige Streifen zeichnet die eigenen Worte auf. Darauf mag eine kleine Pause erfolgen während deren der Streifen feiern darf. Jetzt gibt Hamburg die Gegenrede, deren Druck sich auf dem wieder laufenden Streifen an den ersten Schriftsatz anschließt. Dann ergreift Berlin das Wort — und so geht es weiter. Schließlich haben Berlin und Hamburg je einen Papierstreifen, auf dem in ganz übereinstimmender Weise das Zwiegespräch festgelegt ist.

Nun kann man aber die Fernleitung noch weit besser ausnutzen, wenn man mit Tonfrequenzen arbeitet. Es



Familie und Heim



Eine seltene Kunst

Wer kann denn die Kunst des Lachens schon?
Ich nicht, das muß ich bekennen!
Wie gerne möcht ich den goldenen Ton
Für immer mein eigen nennen!

Wer kann mit frohem Schelmengesicht
Die knappen Pfennige zählen:
„Herrje, nun langt es halt wieder nicht,
Die Kost muß anders ich wählen!“

Wer findet wohl ein lustiges Wort,
Wenn Härtschen das Glas zerbrochen?
Und wer geht lächelnd, statt schmolend fort,
Wenn Vater hitzig gesprochen?

Wer putzt kreuzfidel die Stube rein?
Wer brummt nicht beim Knopfannähen?
Wer wagt sogar zum Zahnarzt hinein
Ohne Duldermiene zu gehen?

Ich weiß: Die Zeit ist so hart und schwer,
Sie will das Lachen uns nehmen.
Und doch: Wer lacht, hat die beste Wehr
Gegen alles Sorgen und Grämen.

Wer lachen kann trotz der eignen Not,
Um andern den Tag zu durchsonnen,
Der hat für ein neues Morgenrot
Die Menschenherzen gewonnen.

Nicht der wird der beste Kämpfer sein,
Der weiter nichts kann als klagen.
Doch wer noch glaubt an den Sonnenschein,
Wird Heldenkraft in sich tragen!

M. Schulz.

Stubenrein

Die Frage des Abhaltens beim Säugling beschäftigt die jungen Mütter meist sehr lebhaft, um so mehr, als die meisten auf diesem Gebiete ziemlich unberaten und sich selbst überlassen sind. Wohl raten uns die Mutterbücher und Pflegerinnen zu recht frühem Abhalten des Kindes, aber alles Weitere bleibt uns dann selbst überlassen. Nun kann hier die sonst sorgsamste Mutter im Übereifer schweren Schaden tun, und gerade dieses Kapitel bedarf des Erfahrungsaustauschs so gut wie irgendeine der Säuglingspflege unter den Müttern. Ich will deshalb schildern, wie es mir bei meinen beiden Kindern in diesem Punkt ergangen ist, und hoffe, der einen oder anderen jungen Mutter mit meinen Erfahrungen nützen zu können.

Als mein Ältestes geboren und ich selbst der Hebamme kaum entronnen war, schwur ich mir hoch und heilig, meine Kinder sollten so früh sauber werden wie überhaupt nur irgend möglich. Ich hielt das kleine Wesen denn auch mit drei Wochen brav nach jedem Tränken geduldig ab. Leider glückte die Sache nur selten. Statt dessen wurde meine Ausdauer stets mit recht unzufriedenem Gebrüll belohnt. Wahrscheinlich fühlte sich mein Kleinchin in der Abhaltelage oder besser Stellung bei seinen schwachen Kräften und seinem noch so weichen Rückgrat nicht wohl. Das wußte ich aber damals noch nicht, und ich glaube, gerade in diesem Punkte wird auch von anderen Müttern schon viel gesündigt. Wenn man so ein winzig Kleines tatsächlich abhalten will, so setzt man sich am besten auf einen Stuhl, faßt das Kind breit und weich an den Oberschenkeln, stützt es seitlich mit beiden Armen und im ganzen Rücken mit einem Bein.

Später, sobald mein Kind sitzen konnte, bekam es das bekannte Topfstühlchen mit bunten Holzkugeln, und wenn es gerade zur rechten Zeit drauf saß, war es auch nachweislich „stubenrein“. Im übrigen aber ging es auch bei Bedarf ohne jedes Zeichen von Betrübniß ins Windelhöschen. Nun kam die Zeit des Stehens und Laufens mit wachsendem Verständnis für Zeichen und Worte. Da setzte ich alle meine Ausdauer daran, jetzt „endlich“ das Schweinchen dahin zu dressieren, daß es Höschen und Bettchen trocken hielt, dagegen ein Gefäß unter sich naß machte. Wie viel dazu gehört, ehe so ein langsam, langsam aufwachsendes Menschenhirnlein diese Zusammenhänge versteht, weiß nur eine Mutter. Als die Sache mit 1½ Jahren immer noch nicht klappte, versuchte ich mit Strenge. Da gab es für jedes nasse Höschen einen Klapp und ein böses „Da — da!“ Aber damit hatte ich es erst recht falsch gemacht. Jetzt war meinem Liebling die Lust an der ganzen Geschichte vergangen. Ich wußte sehr bald, daß ich nur den Finger zu heben brauchte: „Nicht Höschen naß machen!“, dann wars auch schon geschehen. Die Angst vor Strafe verschlimmerte nur die Sache. Lange, lange habe ich noch an meiner Ältesten herumprobiert, bis etwa mit 2½ Jahren das ersehnte Ziel erreicht und das Kind zuverlässig stubenrein war. Doch heute noch schreckt sie oft nachts aus dem Bette, weil die Gewaltdressur aus den ersten Kinderjahren ihr noch in den Knochen steckt.

Das Ergebnis zeigte also, wie verfehlt meine Bemühungen gewesen waren. Beim Zweiten versuchte ich nun anders. Ich hielt das Kind in den ersten drei Monaten überhaupt nicht ab, sondern legte es gleich von der Brust ab ins Bettchen. Ich sah, daß es viel ruhiger war als seine Schwester. Vom vierten Monat an nahm ich es gleich nach dem Erwachen, wann immer ich diesem beizuhelfen, recht ruhig auf und hielt es in der oben beschriebenen Lage über ein Töpfchen. In spätestens einer Minute kamen wir stets zum Ziel. Je öfter es mir nun glückte, die Zeit seines Erwachens zu erwischen, um so öfter verband sich meinem Kindchen die Empfindung seiner besonderen Haltung mit der seines Geschäftchens, und nach weiteren drei Monaten hatte ich das Glück, daß es auch zu anderen Zeiten, etwa eine halbe Stunde nach dem Erwachen, wieder auf die Haltung reagierte. Aus dem Schlaf aufgenommen habe ich es damals aber noch nicht zum Zwecke der Trockenhaltung; das hätte sonst im Anfang dieser Zeit alle halbe, später alle Stunde geschehen müssen, und hätte den kleinen Nerven vielleicht ebenso geschadet wie die Gewaltmaßnahmen bei meiner Ältesten.

Mit der folgenden Zeit längeren Wachens, des Spielens im Sitzen und des Kriechens, erwachte auch das Bewußtsein des kleinen Geschöpfes mehr und mehr, und nun hieß es, die Sache geschickter anstellen als beim

erstenmal. Vor allem nahm ich mir diesmal vor, ausnahmslos das gleiche Töpfchen zum Abhalten zu benutzen. Daß dieses leuchtend bunt war, mag meinen Absichten nur entgegengekommen sein. So kam zu der Gleichmäßigkeit der Haltung eine neue Bewußtseinstütze dem kleinen Gehirn bald zu Hilfe, und mit sieben Monaten klappte die Sache stets, wenn ich die Abhaltezeiten aufmerksam einhielt, also vom Wachwerden ab in Zeiträumen von einer halben Stunde.

Nun kam der letzte und schwerste Teil der Dressur: dem Kindchen beizubringen, daß das Geschäftchen zu Zeiten sehr erwünscht, zu anderen Zeiten äußerst unerwünscht war, oder noch komplizierter: daß man sein buntes Töpfchen naß machen sollte, Höschen und Bettchen aber keinesfalls. Drohungen und Kläpse hatte mich meine Erfahrung am ersten Kinde meiden gelehrt. Ich verfiel auf das umgekehrte Mittel: die Belohnung der guten Tat. Jedesmal, wenn mein Kleinchin brav sein Geschäft ins Töpfchen dirigiert hatte, bekam es eine Kirsche, eine Apfelsinenscheibe oder eine andere Süßigkeit. Die Belohnung lag schon vorher bereit, so daß sie unmittelbar hinterher erfolgen konnte, und sie wurde stets angeteilt unter Streicheln und Lächeln und Loben. Ging das Geschäftchen ins Höschen oder ins Bett, so blieb jedes dieser guten Dinge aus. Die Mutter wechselte stillschweigend und erst Höschen oder Windel, und dann war die Sache sang- und klanglos erledigt.

Sehr bald zeigte sich nun, daß unser Schwesterchen ein raffinierter Schelm wurde. Wenn schon, dann wollte es auch seine Belohnung haben, und beim ersten Anzeichen der bekannten Empfindung kroch es nach seinem Töpfchen, das seinen festen Platz an erhöhter, aber für unser Kleines sichtbarer Stelle hatte, und gab deutliche Zeichen seines Wunsches von sich. Nun hieß es flink zur Hand sein und mit göttlicher Gerechtigkeit lohnen. Bald konnte ich es ruhig darauf ankommen lassen, die Abhaltezeiten zu versäumen; der kleine Egoist sorgte schon selbst für sich, und es zeigte sich, daß diese Kur im Gegensatz zu der damals eingeschlagenen weit erfolgreicher war, denn schon mit elf Monaten gab es über Tag kein nasses Höschen mehr.

Inzwischen war auch die Nahrung bereits „trockener“ geworden, und da konnte ich meinem Kleinchin das Trockenbleiben in der Nacht dadurch erleichtern, daß ich ihm abends von fünf Uhr ab nichts Flüssiges mehr gab. Auch Gemüse oder Kartoffeln, Haferbrei und dergleichen vermied ich zu der Zeit. Seine letzte Mahlzeit bildete das sehr beliebte Butterbrot. Dann nahm ich das Kind gegen 10 Uhr einmal aus dem Schlaf und hielt es ab. Die ersten paar Male wurde das zwar recht übel genommen, aber bald ließ das Kind die kleine Störung fast schlafend über sich ergehen. Die Belohnung blieb dann fort, um das Kind nicht mehr zu wecken; erst morgens nach dem Erwachen gabs wieder ein Apfelviertel hinterher. Mit 1½ Jahren konnte das Kind ohne Unterlage sein Gitterbett beziehen.

Das war das recht gute Ergebnis einer solchen Behandlungsweise; sie liegen meinem Gefühl nach viel tiefer. Ich war bei meiner Ältesten nahe daran gewesen, im pädagogischen Übereifer ein nervöses Menschenkind heranzuziehen. Ich hatte die zarten Nerven in der besten Absicht mit meiner Gewaltkur derart überanstrengt, daß der kleine Organismus mit schlechtem Schlaf und Übelnämigkeit antwortete. Bei weniger robusten Kindern hätte die Kur womöglich noch schlimmere Folgen gehabt; sucht doch der Nervenarzt die Ursache vieler schweren Störungen (Bettmäßen bis ins Alter, sexuelle Schäden, hochgradige Nervosität) auch auf diesem Gebiete der Kinderstube. Jeder Ehrgeiz, wie ihn gerade junge, sorgsame Mütter oft haben, muß bekämpft werden und jener wahren Mütterlichkeit Platz machen, in der das zarte Gewächlein aufblühen kann wie im Sonnenschein.

Anni Weber.

Fiebertmessen

Zum Fiebertmessen veranlassen gewisse Wahrnehmungen: man beobachtet Abspannung, leichtes Ermüden, häufiges Gähnen, Schläfrigkeit, bisweilen Erregung, Unruhe, Schlaflosigkeit. Der Fiebernde ist unlustig, vertrieben, appetitlos und durstig. Atmung und Herzstätigkeit sind häufig beschleunigt. Nicht selten findet sich Erstick oder Schüttelfrost. Blässe, bisweilen auch Rötung des Gesichts, Gleichgültigkeit sind neben dem stark veränderten Allgemeinbefinden Kennzeichen des Fiebers. Der Beobachter merkt, daß dem Angehörigen „etwas fehlt“, daß „eine Krankheit in ihm steckt“.

Werden solche Frühsymptome nicht beachtet oder bei jungen Kindern, die ihr Unbehagen noch nicht äußern können,

übersehen, so kann durch diesen Mangel an Beobachtungsgabe Verlauf und Ausgang der Krankheit bisweilen sich unheilvoll gestalten.

Zur Messung der Körperwärme bedient man sich eines Wärmemessers oder Thermometers für Kranke. In Deutschland sind Krankenthermometer nach Celsius mit einer Gradeinteilung von 100 Grad üblich. Auf den gebräuchlichen Instrumenten sind aber nur die zweckmäßigen Grade: 35 bis 42 Grad verzeichnet. Der Grad 37 Grad Celsius, als annähernder Normalwert, ist auf den meisten Thermometern blau oder rot markiert.

Die Körperwärme wird beim Erwachsenen meist in der Achselhöhle, bei Tuberkulösen wohl auch in der Mundhöhle gemessen. Bei Kindern gilt als Regel die Aftermessung, die auch bei bewußtlosen Erwachsenen angewendet werden kann.

Bei der Achselhöhlenmessung verfährt man in folgender Weise: die Achselhöhle wird ausgetrocknet und der Arm vom Rumpf abgehoben. Dann wird das untere Ende des gereinigten Thermometers (Quecksilberbehälter) an der tiefsten Stelle der freiliegenden Achselhöhle gegen die Haut angepresst, der Oberarm an den Körper fest angelegt und der Vorderarm über die Brust gelegt, so daß die Hand in der Gegend der anderen Achsel liegt. Die regelrechte Körperwärme beträgt, in der Achselhöhle gemessen, 36 bis 37 Grad Celsius. Geringe Erhebungen (37,4 bis 37,8 Grad Celsius) bezeichnet man als „subfebril“ (unterfieberig), darüber hinaus als Fieber, das eine Höhe von 40 bis 41 und 42 Grad Celsius erreichen kann. Körperwärme unter 36 Grad Celsius wird als unternormal bezeichnet.

Bei der Aftermessung wird in Seitenlage der eingefettete oder eingölte Quecksilberbehälter des Thermometers vorsichtig mehrere Zentimeter in den After eingeführt und, wenn erforderlich, in dieser Lage mit der Hand festgehalten. Die in dieser Weise gemessene Körpertemperatur ist etwa ½ Grad gleich 5 Teilstriche höher als in der Achselhöhle.

Bei dem Einlegen des Thermometers ist sorgfältig zu prüfen, ob nicht ein Sprung oder Riß vorliegt, wodurch Verletzungen bei der Einführung verursacht werden können. Bei den Aftermessungen ist besondere Vorsicht am Platze. Durch Bewegungen und Unruhe der Kinder kann die Spitze des eingeführten Fiebertermometers leicht abbrechen und Schaden anrichten. Deshalb müssen die Kinder beim Messen dauernd beaufsichtigt werden. Das Thermometer muß so lange liegen, bis es seinen höchsten Stand erreicht hat. Gewöhnlich ist dies nach zehn Minuten der Fall.

Im allgemeinen werden täglich zwei Messungen, morgens nach dem Erwachen und abends zwischen 6 und 7 Uhr, vorgenommen. Häufigere Messungen werden nur auf Anordnung des Arztes erforderlich.

Nach dem Ablesen der Temperatur muß die Quecksilbersäule durch eine kurze Schwingung des Thermometers bis auf 35 Grad wieder heruntergetrieben werden.

Nach der Benutzung wird das Thermometer abgerieben oder mit Alkohol abgewaschen oder in Lysoform- oder Kresolseifenlösung desinfiziert aufbewahrt.

Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, durch Fiebertmessen von einer Erhöhung der Körpertemperatur rechtzeitig Kenntnis zu erhalten. Erhöhte Körpertemperatur oder Fieber bedeutet „Kranksein“, Bewegung und Ausgang bringt Fiebernde in Gefahr. Bettruhe ist für sie Bedürfnis.

In jeder Familie sollte ein staatlich geprüftes, sauber gehaltenes Fieberthermometer vorhanden sein. Der Erwachsene muß mit der Technik dieses Instruments vertraut sein. Die Handhabung kann gelegentlich durch den Arzt oder Krankenpflegerin erlernt werden. Auch in populären praktischen Kursen der Gesundheitsfürsorge und -pflege wird hierzu oft Gelegenheit geboten. Prof. Dr. B. Bendix.

Eine Kriegerwitwe an ihren nationalsozialistischen Sohn

Die Volkszeitung für das Vogtland (in Nr. 193) veröffentlichte einen Briefwechsel zwischen einer Mutter und einem Nationalsozialisten. Der junge Mann hatte versucht, seine Mutter zur Stimmabgabe für die Hakenkreuzler bei der Reichstagswahl zu veranlassen. Die Antwort der Kriegerwitwe soll unsere Jugend zur Kenntnis nehmen. Der Sohn schrieb:

... Parteiblätter geschickt. Hoffentlich hast Du sie gelesen und Dir etwas dabei gedacht. Das solltest Du, liebes Mutter, bald ist Reichstagswahl und ich bitte Dich, als Mutter eines SA-Mannes nationalsozialistisch zu wählen. Wir wollen ein neues freies Deutschland schaffen. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Faust! Auch die deutschen Mütter können am großen Werk mithelfen. Ich will Vaters Kampf zu Ende führen. Er soll nicht umsonst sein Leben fürs Vaterland geopfert haben. Ich zähle auf Dich am 14. September, Mutter denk daran! Mit tausend Grüßen und Küssen Dein Sohn Hans.

Die Mutter antwortete darauf:

... die Zeitungen habe ich gelesen und ich habe mir auch etwas dabei gedacht. Freilich nicht das, was Du Dir wünschst wirst. Es hat mich schmerzlich berührt, daß Du mich an Vater erinnerst, gerade im Zusammenhang mit dem 14. September. Wir vergeßlich ist doch die Jugend! Ich habe Dir ja so manches Mal erzählt, daß Vaters Todestag im September ist. Als ich damals die Schreckensnachricht erhielt, warst Du noch ein zweijähriges Bübchen. Du weißt nichts von dem Jammer, von der Not, Du hast ja auch Deinen Vater nicht gekannt. Er trug Dich aber, wenn er Urlaub hatte, oft auf dem Arm und sagte manches Mal zu mir: „Der verdammte Krieg, der verdammte Krieg, Mutter, wenn ich nur wüßte, daß der Junge sowas nicht erleben brauchte. Hüte ihn mir, wenn ich nicht wiederkommen sollte.“

Und Dein Vater hatte das E. K. I. und 2. Klasse. Mein lieber Junge! Als die Revolution 1918 uns Frauen das Wahlrecht brachte, erkannte ich, welche Bedeutung es auch für mich haben konnte. Es gibt uns ein Recht, mitzubestimmen. Soviel ich aus Deinen Zeitungen ersuchen kann, gefällt Euch das nicht. Ihr würdet uns Frauen wieder entrechten. Sind wir denn nur dazu da, geduldig zu leiden und zu opfern? Müßen wir immer und immer wieder zusehen, wie aufgepeitschte Leidenschaften die Menschen verwirren, ohne daß wir daran etwas ändern können? Ich habe einen Krieg erlebt. Mein Junge, willst Du mich schmähen, wenn ich mich wehre, wissend mitschuldig zu werden an Verhältnissen, die einen Krieg ohne weiteres heraufführen könnten?

Nein, mein Junge! Du forderst zu viel von einer Mutter. Ich fühle mich schon so genügend schuldig, daß ich Dich nicht besser gehäut habe, daß Du jetzt auf solchen Bahnen wandelst. Es gibt genügend andere Wege, unser Land zu erneuern und freizumachen. Das kann ich Dir von Herzen versichern: Dein Vater soll nicht umsonst, ganz umsonst gesagt haben: Hüte ihn mir. Daran will ich denken am 14. September! Und Du besinne Dich auf Dich selbst. Das ist nichts Gutes und Edles, was Ihr anstrebt! Danke daran am 14. September!

In Liebe Deine Mutter

A. M.

Bildungsarbeit zur Werbung für den Verband

Bildung innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung muß Zweckbildung sein. Gewerkschaftliche Bildung soll gewerkschaftliche Menschen schaffen. Sie soll Menschen heranbilden, die die ökonomischen Zusammenhänge verstehen, die Notwendigkeit solidarischen Kampfes begreifen und den geistigen und sittlichen Sinn des wirtschaftlichen Kampfes erleben. Damit wird die gewerkschaftliche Bildung dann zugleich zur Menschenbildung überhaupt. Jede Zeit hat ihre besondere Aufgabe gegenüber der Bildung des Menschen. Die Bildung unserer Zeit soll Menschen schaffen, die diese Wende der Zeit erfassen und tragen.

Es kann gar nicht anders sein, als daß sich das große Suchen dieser Zeit nach neuen Formen in irgend einer Weise in jedem regt, und wir müssen den Menschen darum in ihren geistigen Bedürfnissen und seelischen Regungen lauschen und die vielen, die trotz aller wirtschaftlichen Aufklärung den Weg zum Verbanne dennoch nicht gefunden haben, in der ihnen mehr liegenden Weise zu gewinnen suchen. Hierbei bietet die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in ihrer Mannigfaltigkeit ein weites Feld.

Es ist eine der Wirklichkeit völlig widersprechende Auffassung, daß es nicht jedem möglich sei, Kulturgut zu würdigen und aus dem Kulturellen heraus zu denken. Diese Auffassung ist in gebildeten Kreisen vielfach zu finden. Sie hat sogar ein Tolstoi dazu geführt, aus tiefem sozial-ethischen Gefühle heraus Kulturköpfe, wie Goethe, Beethoven, Shakespeare, zu verurteilen, weil zu deren Würdigung „eine bevorrechtete Stellung im Leben“ gehöre. Aber auch in den eigenen Reihen wird dieses kulturelle Verständnis und Bedürfnis, das im Keime in jedem ist, noch zu wenig gewürdigt.

Die Erfahrung von Jahren hat gezeigt, daß viele Menschen das wirtschaftliche Leben ganz anders sehen, wenn es ihnen unter dem kulturellen, dem geistigen und ethischen Gedanken gezeigt wird, daß somit auch kulturelle Bildungsarbeit wirtschaftlich aufklären kann, wenn nur aus dem Kulturellen heraus die nötigen sozialen Schlüsse gezogen werden.

Darum sollte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aber auch in den einzelnen Orten nicht neben der Werbearbeit als etwas Wesensfremdes hergehen. Sie muß vielmehr eingefügt werden in den alles beherrschenden Gedanken, an dieser Wende der Zeit die schaffende Masse organisatorisch zu erfassen und einzuspannen in die große Aufgabe, die wir in dieser geschichtlichen Stunde zu erfüllen haben.

Millionen sind organisiert. Wir sind stolz darauf. Doch größer noch ist die Zahl der schaffenden Menschen, die abseits stehen vom Kampfesweg. In unserer Bildungsarbeit haben wir ein noch viel zu wenig gebrauchtes Arsenal von geistigem Rüstzeug, alle Schaffenden organisatorisch zu erfassen in einer Front.

Dr. Gustav Hoffmann.

Cäsar Flaischlen

Am 16. Oktober waren zehn Jahre verstrichen, seit Cäsar Flaischlen seine Augen für immer schloß. Die meisten Deutschen kennen diesen schwäbischen Dichter nur durch die Reklame, die findige Ansichtspostkarten-Verleger und Wandsprüche-Drucker für den Dichter gemacht haben. Sein Gedicht „Hab Sonne im Herzen“ hat es ihnen und ihrem Geschäftssinn angetan.

Wenn alle die Deutschen, die in ihrem Postkartenalbum oder als gedruckter Spruch über ihrem Bett die „Sonne im Herzen“ haben, auch des Dichters Bücher im Regal stehen hätten, wäre Flaischlen auch heute noch — zehn Jahre nach seinem Tode — der am meisten gelesene deutsche Schriftsteller und Dichter.

Und er wäre es mit nicht minderem Recht als die anderen, die viel genannt und viel gelesen werden.

Er war eben nicht der Lyriker für Ansichtskarten-Verse. Flaischlen war der schwermütige, mit allen Problemen ringende Mensch, der das Leben und die Not seiner Mitmenschen nicht auf eine leichte Schulter nahm. Er war ein Kämpfer, der, wie einst Schiller, gegen alles Rückständige und Muckerische ankämpfte. Wie Schiller floh er, der freidenkerischen Gesinnung, aus dem Schwabenland nach der Reichshauptstadt. Immer aber die Liebe zu seiner schwäbischen Heimat im Herzen. Wohl kaum ein Dichter hat diese Liebe zu seiner engeren Heimat schlichter und tiefer zum Ausdruck gebracht, wie es Flaischlen in seinem Prosagedicht „Weihnacht“ getan hat:

Um Weihnachtsrom, heim! heim!
Heim, wer bloß e Heimat hat,
Oder a Mutter z'Haus,
Oder en Vatter,
Oder en Schatz irgendwo.
Ischt mer so weit in der Fremde drusse,
Ond hot mer selts bloß emol zeruckdenkt
An sei Heimat, an sei altes Mütterle
Mit em graue Hoer
Ond zitterige Händ!
Ond hot mer nia Heimweh gehabt.
No, auf einmol kommts:
So om Weihnachtsrom.

Auch in Berlin ist Flaischlen immer der trutzige, wackere Schwabe gewesen, der um seine Ideale stritt.

Wer den Dichter kennen und lieben lernen will, der lese sein stürmendes Drama der Freiheit „Martin Lehnhard“, seine „Lehr- und Wanderjahre“, sein Buch „Von Alltag und Sonne“ und seine wohl reife Arbeit, den Roman „Jost Seyfried“. Vergesse dabei aber auch nicht die anderen Werke, wie „Flügel müde“, „Im Schoße der Zeit“, „Professor Hardtmut“, „Neujahrsbuch“ und „Zwischenklänge“.

Und er wird erkennen, daß des Dichters eigenes Wort, nach dem „Kampf nur Freude ist“, von dem Dichter selbst allzeit befolgt wurde.

Als er jung aus dem damals muckerhaften Stuttgart floh, galt er bei den „Frumben“ als „Sozialist“. Und in seinem Innern war er es auch stets gewesen. Ein Freund der Schwachen, dem Dichten Lebensnotwendigkeit bedeutete, geweiht durch einen höheren Sinn: Den Menschen Sonne, bessere Tage zu verschaffen hier auf dieser Erde Rund. Halbheiten waren ihm verhaßt. Daher sein Appell an den Dichter:

„Es gilt, herauszuringen endlich aus dieser Werktagsschwere.
Der Mensch ist für den Sonntag da! Seine Werktagssnot hat er sich selber aufgeladen.“

Du Dichter, stehe auf und gürt' dein Gewand
Und ziehe durch die Länder
Und sei ein ernster, früher Bote dieser Zeit!“

Und darum seien diese Zeilen heute am 10. Todestage dieses wahren und echten Dichters niedergeschrieben, damit sie zu an-dachtvollem Lesen seiner Werke ermahnen mögen, und damit der Dichter freihetlicher Ideen bei der Masse befreit werden möge von dem falschen Schein billiger Postkartenlyrik. TROLL

Kanton am Perfluß

Kanton — wo liegt das? In China. Und was ist China? Eine Honigwabe, um die es brummt und summt: die europäischen und amerikanischen Drohnen — und die chinesischen Generalisimos: alle stürzen sie sich lustern und gierig auf die Honigscheibe China. China hat 6 1/2 Millionen Quadratkilometer mit 450 Millionen Einwohnern; das wären ebensoviel Menschen wie in ganz Europa? Jawohl — aber enger sitzen die Menschen in China — Europa hat 9 1/2 Millionen Quadratkilometer. China ist politisch ein Topf mit kochendem Reis — der noch nicht gar ist. China ist ein Revoltentopf. Zwei Revolutionen kreuzen sich: die bourgeoise Revolution gegen die Ausländer — und die proletarische Revolution gegen den Imperialismus der Ausländer und gegen die chinesische Bourgeoisie. Kopf und Hirn der proletarischen Revolution ist Kanton. Kanton: die Stadt mit dem heißen Blute, das revolutionäre Paris von Ostasien! Kanton: 1 Million Einwohner, Hauptstadt der Provinz Kuangtung, Tropenstadt auf der geographischen Breite von Arabien. Kanton: die Stadt der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung, gut organisiertes Proletariat, freie Gewerkschaft und freier Sport. Kanton gibt in seiner Gewerkschaftsbewegung dem europäischen Hamburg und Antwerpen und London und Wien nichts nach. Kanton ist der Leuchtturm der proletarischen Revolution! Glückauf! Genossen am Perfluß!

Am Perfluß liegt Kanton. Die Seeschiffe kommen den Strom herauf, vom Nanhai, vom großen Südmeer. Wohl liegt Kanton von der hohen See — 200 Kilometer entfernt, aber mit seinen Hafenanlagen atmet es doch Weltenluft. Kanton importiert Kohle, Petroleum und Opium, und exportiert Tee, Seide, Zucker, Porzellan und Tabak.

Kanton, die Hauptstadt der Provinz Kuangtung, ist fast so groß wie Preußen: an die 300 000 Quadratkilometer — und wie Preußen hat Kuangtung 37 Millionen Einwohner. Die meisten Einwohner sitzen im Delta und in der Niederung des Perflusses: Kantonfluß. Was der Nil für Ägypten ist, das ist der Perfluß für die Provinz Kuangtung.

Kanton ist eine vierfache Stadt. Die Altstadt oder Tatarenstadt, mauerumgeben — Stadt der Klöster und Pagoden, mit dem Tempel der 500 Götzen. Dann die Neustadt am Perfluß, enge Geschäftsgassen und Banken und Basare. Und die Wasserstadt, eine schwimmende Stadt, 100 000 Menschen wohnen auf Booten. Und dann: drüben am Perfluß: Honam, die Industriestadt. Hier lebt, denkt und handelt Kantons Proletariat. Fabriken erzeugen Textilien, Maschinen, Möbel, Lackwaren, Glas, Papier, Porzellan und Zucker! Auch den Revoltenzucker. Von Kanton aus sprang knisternd der Funke ins alte chinesische Kaiserreich: Intellektuelle und Arbeiter schleuderten den revolutionären Blitz! Der Geist von Kanton ist es — der dem Osten und Süden des asiatischen Kontinents einen neuen Inhalt geben wird, soziales Denken und Handeln. Von Kanton aus laufen die revolutionären Fäden über Tongking und Singapore nach Indien hinüber — hinauf nach Japan, hin zu den Philippinen und den großen Malaieninseln: Java, Sumatra, Borneo, Celebes. Der Geist des chinesischen Kantons ist internationaler Gewerkschaftsgeist, Arbeitergeist — der selbständig denkt und wirkt —, der die Fehler von Moskau nicht nachahmt — sondern der die Erfolge der sozialistischen Bewegung von Mittel- und Westeuropa zu seiner Richtschnur nahm. Indien wird frei von Kanton aus, nicht die nationalen und bourgeoisen und pazifistischen Ideen des Herrn Gandhi befreien das proletarische und helotische Indien — sondern der Kampfgeist der Gewerkschaftsorganisationen von Kanton: der wird dereinst das Schildkrötenreich Indien auf den Buckel

werfen — daß das Unterste zu oberst liege und von der Sonne befruchtet werde. So wird es sein — mögen noch Jahrzehnte darüber hingehen — das tut nichts, aber die großen sozialen Ideen von Kanton: die sind es dennoch, die dem Süd- und Ostasien eine freie Zukunft verbürgen. Ideen, die starke Tragflächen haben — Arbeiter und Bauer als glückliche Paarung: Freiflug zur Sonne der Selbständigkeit!

Kanton. Die Millionenstadt. Im fruchtbaren Niederland — im Stromdelta des Perflusses. Fünfzigtausend Kanäle befruchten den schwarzen Schwemmlandboden — ein Holland in Ostasien. Holland im Bewässerungssystem. Aber in Flora und Fauna: wie Brasilien oder Ägypten. Die riesigen Fächerpalmen. Die Ölpalmen. Affen, Tiger, Panther. Die bunten Tropenvögel. Die Plantagen der Maulbeerbäume — das Blatt zur Zucht der Seidenraupen. Die Bohnenfelder. Die wasserbedeckten Reisfelder; Reisstauden grünen aus dem Perflußwasser heraus; da rauschen die Reiherr vorüber, die rosafarbenen, gelbgeschnäbelten Storchenvögel. Zuckerrohr, Teestrauch und Tabak. Und die herrlichen Gärten — Orangen, Zitronen, Mandarinen. Pfirsiche, Trauben, Tomaten — und die Melonen und Kürbisse, groß wie der gelbe Vollmond. Ist der Mond rot — dann bricht der Taifun durch, der Gott der Bosheit, er zerstört, was fleißige Bauernhände mühsam an Gartenkultur geschaffen. Der Bauer glaubt noch an Dämonen und Drachen — er fürchtet die Tradition: die Macht der Ahnen! Aber Kanton, die Stadt, ist mit den Drachen und Göttern und Buddhas und Klöstern und Pagoden längst fertig. Vernunft und ehrliches Herzgefühl: sie sind die neuen Gewalten im proletarischen Kanton!

Die gelben und die blauen Drachenflaggen sind verbrannt — proletarisch rot weht es über dem Arbeiter-Kanton: im roten Felde die zur Freundschaft verschlungenen silbernen Hände: „Alle Macht den Arbeitern!“ „China den Chinesen!“ „Die Welt aber den Proletariern!“ Das ist der Geist von Kanton.

Kanton. Im Norden die kahlen Weißen Berge. Ziegen und Schafe weiden darauf — die Hirten blasen die Flöte aus Jade — droben in den Weißen Bergen ward Chinas größter Dichter geboren: der Revolteur Litaip: er lebte im 8. Jahrhundert.

Kanton. Abend. In Honam entleeren sich die Fabriken. Doch die Textilspindeln sausen durch: Nachtschicht! Zehntausend kleine, zierliche Spinnerinnen lösen andere zehntausend vor Spindel und Webstuhl und Stickereimaschine ab. Wir ändern — wir waschen uns, wir Proleten: frei von der Last des Tagewerks. Glücklicher Abend: Feier als Ruhe — von der Eintönigkeit des Tagewerks — aber nicht Ruhe in dumpfem Hinbrüten — nein, auf zu den Sportplätzen! Kanton, die Stadt des freien Sportes. Alle Parks gehören dem Volk. Die Fabrik treibt Sport. Bis die Sterne aufgehen und blank werden. Bis der Monsun sein tiefes Nachtlied in den Wipfeln der Dattelpalmen lauter singt — im Wettgesang mit dem Zwitschern der Fontänen und künstlichen Wasserstürze. Freier Sport noch unter den großen, bleichen, freischwebenden elektrischen Monden — die Papierlaterne gaukelt nur noch in der Tatarenstadt, vor den zeitvergessenen Klöstern — das moderne, neue Honam-Kanton lebt, liebt, sportet unterm Stromlicht der Turbinen. Bis gegen Mitternacht treiben wir Sport, um den Körper zu stählen, um den Geist zu schärfen, um zu gewinnen die Schlacht gegen den Ungeist des Profits, gegen den Teufelsgeist der Pfaffen und Imperialisten. Sportgeist und Kampfgeist von Arbeiter-Kanton in China: der ist es, der dem Osten und Süden Asiens neuen Inhalt und Umhalt und Recht und Friede und Freude geben wird. Rote Flaggen mit silbernen Händen: Freundschaft! Max Dortu.

Wiederholung der Dresdener Hygiene-Ausstellung 1931

Die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 ist am 12. Oktober geschlossen worden. Trotz der schlechten Witterung, die den Reiseverkehr außerordentlich ungünstig beeinflusste, konnten etwa 3 Millionen Besucher gezählt werden. Mehr aber als diese Zahl bedeutet der ideelle Erfolg, den die Ausstellung im In- und Auslande erringen konnte. Unzählige Studienkommissionen haben die Ausstellung besucht und immer wieder kam zum Ausdruck, daß es bedauerlich sein würde, wenn das ausgezeichnete und einmalige Material nun wieder in alle Winde zerstreut würde. So kam der Beschluß zustande, für die Fremden in Deutschland im Jahre 1931 das große Reiseziel nach Dresden mit einer neuen Internationalen Hygiene-Ausstellung zu schaffen.

Es kann heute schon festgestellt werden, daß der weitaus größte Teil der Aussteller auch im nächsten Jahre die Ausstellung besichtigen wird. Unter anderem soll die berühmte Musterchau des Krankenhauses vollständig erhalten bleiben. Die Mehrzahl der Gruppen wird umgearbeitet, andere Gruppen werden vollständig neu entstehen. So etwa die Gruppe „Hygiene in der Technik“, die ein neues und umfangreiches Material zur Darstellung bringt. Auch das Ausland, das im Staatenhaus zusammengelassen ist, wird mit zahlreichen neuen Material auftreten, das bei der Kürze der Vorbereitung zur Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 nicht rasch genug beschafft werden konnte.

Ob die Gruppe Landwirtschaft mit dem vielbesuchten landwirtschaftlichen Gehöft bleiben kann, ist zurzeit noch nicht entschieden.

Entsprechend der Absicht, die Internationale Hygiene-Ausstellung im Jahre 1931 sehr volkstümlich zu machen, ist auch ein Preisabbau in allen Gastwirtschaftsbetrieben der Ausstellung geplant. Die Eintrittspreise sollen 1 M nicht überschreiten. Die Absicht des Präsidiums geht dahin, vor allem für Massenbesuch des großen Publikums Sorge zu tragen. Infolgedessen sollen auch regelmäßige Sonderzüge aus allen Teilen des Deutschen Reiches und des Auslandes zur Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1931 verkehren.

Während der Wintermonate bis zur Wiedereröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung am 15. Mai 1931 ist das Deutsche Hygiene-Museum Sonntags von 11 bis 17 Uhr, Donnerstags und Sonnabends von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Vorerst versuchsweise auch Dienstags von 16 bis 21 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Für Studenten und Kriegsbeschädigte, für Schüler, Erwerbslose und Fürsorgebetreute 30 Pf. Schulklassen, Vereine und Körperschaften zahlen ebenfalls 30 Pf. pro Person. Monatskarten kosten 2 M.

Geschichte der Straße und ihre Arbeiter

Mit dem Erscheinen der „Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“ hat der langjährige Vorsitzende des vormaligen Steinsetzerverbandes, A. Knoll, ein gewerkschaftshistorisches Werk zum Abschluß gebracht, das nicht nur im Kreise seiner engeren Berufsgenossen, sondern in der gesamten Gewerkschaftsbewegung und weit darüber hinaus eine außerordentlich günstige Aufnahme gefunden hat. Der vorliegende 3. Band bringt die Geschichte der Zünfte des Pflastergewerbes, den Vorläufer des ehemaligen Steinsetzerverbandes, mit all ihren dem modernen Arbeiter jetzt fremd anmutenden Eigenheiten und Besonderheiten bis zu dem Aufgehen der Zünfte in die moderne Arbeiterbewegung zur umfassenden Darstellung. Nebendem enthält der neu vorliegende Band einen Abriss der Geschichte der Zünfte in Belgien, Holland, Frankreich, England und Österreich, dazu Darstellungen der Arbeiten der Steinsetzerinternationalen. Schilderungen der neuzeitlichen Unternehmervereinigungen und Innungen des Straßenbaugewerbes und die Darstellung ihrer geschichtlichen Entwicklung sowie die aus den entgegengesetzten Bestrebungen der Unternehmer und Arbeiter entstehenden großen Kämpfe.

Knoll hat die Arbeiten an diesem drei Bände umfassenden Geschichtswerk im Jahre 1911 begonnen. Der Preis dieses 708 Seiten umfassenden, mit Bildern und einem für das Gesamtwerk geltenden umfangreichen Sachregister versehenen 3. Bandes beträgt für Gewerkschaftsmitglieder 8 M., durch den Buchhandel bezogen 10 M. Zu beziehen durch den Verlag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV.

Der sechste Sinn

Der Herrgott schickte Petrus auf die Erde, um sich über das Befinden der Menschen zu erkundigen. Petrus kommt zurück und berichtet: „Das gemeine Volk ist trotz schlimmer Zeiten sehr zufrieden.“

Herrgott: „Na, das wollte ich auch stark hoffen, wozu habe ich ihm denn fünf Sinne gegeben?“

Petrus: „Nein, Herr, Du gabst ihm sechs Sinne.“

Herrgott: „So, welcher wäre denn der sechste?“

Petrus: „Der Stumpfsinn, Herr.“ (Leuchtrakete, Wien.)

Neues Spiel

Einige Leipziger Schuljungen: Heert bloß uff mit dem bleeden „Ballpöppeln, spiel'n m'r lieber e' bissel „Nazis“.

Wie geht'n das?
Da marschier'n m'r nach Schteddritz, lauern de Schteddritzer uff, haun 's e' paar in de Fresse und reiß'n aus.



Verbandsleben



Der Bundesausschuß des ADGB zum Berliner Lohnstreit

In dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.

Vielleicht nützt es diesmal

Vor längerer Zeit haben wir hier schon vor einer Firma gewarnt, die für ihre Verteilungsstellen Leute anheuert und mit ihnen Anstellungsverträge abschließt, die nicht gehalten werden können, wenn die Verträge nicht von vornherein als Überverteilung zu werten sind.

Trotz unserer Warnung gehen immer noch Verbandsmitglieder der Firma auf den Leim. Hieraus entwickeln sich dann Prozesse, wofür die Mitglieder Rechtsschutz beim Verband beanspruchen. Laut dem Verbandsstatut kann unser Verband oder eine seiner Verwaltungsstellen solchen Rechtsschutz nicht gewähren. Es hat darum keinen Zweck, den Rechtsschutz zu beantragen.

Wir warnen deshalb abermals und so entschieden wie nur möglich, solche Anstellungsverträge einzugehen. Es ist das, milde ausgedrückt, ein höchst fragwürdiges Geschäft, dem man aus dem Wege gehen muß, will man sich vor sicherem Schaden bewahren.

Mißglückter Angriff auf mißliebige Arbeiterräte

Ein lehrreicher Rechtsstreit kam vor dem Landesarbeitsgericht in Dortmund zum Austrag. Gegen die Firma Both & Tillmann hatten sämtliche Arbeiterratsmitglieder, die im Zusammenhange mit der Lohnsenkung der Nordwestgruppe wegen angeblicher beharrlicher Arbeitsverweigerung fristlos entlassen worden waren, eine Klage auf Feststellung eingereicht, daß die fristlose Entlassung unrechtmäßig erfolgt und ihr Arbeitsverhältnis nicht unterbrochen sei. Seinerzeit war es sämtlichen gekündigten Arbeitern „freigestellt“ worden, ob sie zu neuen, von der Firma einseitig festgesetzten Akkordsätzen weiterarbeiten wollten. Die Belegschaft lehnte aber die Arbeitsaufnahme unter den neuen, schlechteren Bedingungen ab. Die Betriebsräte versuchten, eine Betriebsratsitzung zustande zu bringen, in der eine Einigung mit der Betriebsleitung versucht werden sollte. Soweit aber kam es nicht, weil über die Arbeiterratsmitglieder die fristlose Entlassung verhängt wurde, und zwar wegen Verstoßes gegen die Arbeitsordnung, weil sie es nämlich unterlassen hätten, die Kontrollkarten stechen zu lassen.

Die Kläger beriefen sich auf den § 66 des Betriebsrätegesetzes und machten geltend, daß sie sich bei Verstoß gegen die Arbeitsordnung in der Ausübung der ihnen als Betriebsratsmitglieder obliegenden Pflichten befunden hätten. Sie hätten es nämlich für ihre erste Pflicht gehalten, für die Beilegung des Konfliktes zu sorgen. Die beklagte Firma behauptete natürlich, Grund zur fristlosen Entlassung gehabt zu haben, weil die Kläger entgegen den Bestimmungen des § 66 BRG, anstatt den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, die Belegschaft zur Nichtaufnahme der Arbeit aufgefordert hätten.

Schon das Arbeitsgericht in Dortmund hatte die Firma, dem Klageantrag der Arbeiterratsmitglieder folgend, verurteilt. Die von der Firma beim Landesarbeitsgericht eingelegte Berufung wurde verworfen. Auch das Berufungsgericht vertrat die Ansicht: die Kläger seien zur Arbeitsaufnahme nicht verpflichtet gewesen, weil die Firma entgegen den tariflichen Bestimmungen den Akkordsatz einseitig festgesetzt habe. Eine beharrliche Arbeitsverweigerung liege nur dann vor, wenn den Klägern unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeits- und Tarifvertrages, nämlich im Stundenlohn — aber nicht im einseitig festgesetzten Akkordlohn — die Arbeit angeboten worden sei. Das aber sei nicht geschehen. Damit entfalle jeglicher Grund zur fristlosen Entlassung, und das Arbeitsverhältnis gelte als nicht unterbrochen.

Um den Urlaub

Eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich mit der Streitfrage, ob nach dem für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag für die Anhaltische Metallindustrie, der vom Verband Anhaltischer Metallindustrieller, Dessau, mit den Gewerkschaften am 21. November 1919 geschlossen worden ist, bei der Berechnung der Urlaubsdauer nur die Beschäftigungsjahre bei einer Verbandsfirma, oder auch die bei einem dem Arbeitgeberverband nicht angehörenden Werk verbrachte Arbeitszeit anzurechnen ist.

Der Kläger M. war seit März 1924 bis 1928 bei der Firma Schwanefuß & Dolg in Beratung als Dreher beschäftigt. Seit dem 5. März steht er im Arbeitsverhältnis bei der beklagten Sachs-Anh. Anstaltensfabrik. Dem Kläger sind von der Beklagten drei Tage Urlaub gewährt worden. Er verlangt jedoch auf Grund des § 6 des Tarifvertrages für die Anhaltische Metallindustrie weitere drei Tage Urlaub, da ihm auch dieser Bestimmung die bei der Firma Schwanefuß & Dolg verbrachten Arbeitsjahre anzurechnen seien und er daher im ganzen einen Urlaub von sechs Tagen beanspruchen könne. Er verlangt, die Beklagte zu verurteilen, ihm weitere drei Tage Urlaub zu gewähren.

Die Beklagte verlangt Klageabweisung. Sie führt aus, daß der Kläger eine Anrechnung der bei der Firma Schwanefuß & Dolg verbrachten Arbeitsjahre bei der Berechnung seines Urlaubs nicht verlangen könne, da die Firma Schw. weder jetzt noch früher Mitglied des Verbandes der Anhaltischen Metall-

industriellen, die den in Frage kommenden Tarifvertrag abgeschlossen haben, gewesen sei. Der Kläger wurde vom Arbeitsgericht mit seiner Klage abgewiesen. Gegen dieses Urteil legte der Kläger und seine Organisation Berufung ein und erreichten, daß das vorinstanzliche Urteil aufgehoben und die Beklagte verurteilt wurde, dem Kläger weitere drei Tage Urlaub zu gewähren. Gegen dieses Urteil kämpften die Anhaltischen Metallindustriellen mit der Revision an. Sie verlangten eine für die gesamte Anhaltische Metallindustrie prinzipielle Entscheidung und Abweisung der Klage.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als unbegründet zurück und entschied, daß der allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag auch für die nichtorganisierten Unternehmer in Frage komme. (RAG 189/30.)

Kulturelle Fürsorge für jugendliche Erwerbslose

Daß die Arbeitslosigkeit auch die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unbeschäftigt läßt, ist eine ihrer traurigsten Erscheinungen. Die Beschäftigungslosigkeit in den jungen Berufsjahren bringt außerordentliche Gefahren mit sich. Nicht nur leidet die Weiterbildung darunter, es sind auch sehr große moralische Werte, die auf dem Spiele stehen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Arbeitsämter dazu übergehen, Jugendliche zu unterrichten. Im Bereiche des Arbeitsamts Sachsens wurden sogenannte „Freizeiten“ errichtet, die von der öffentlichen Jugendpflege im Zusammenwirken mit den Arbeitsämtern, mit der Wohlfahrtspflege der Jugendverbände, Gewerkschaften und Volkshochschulen veranstaltet werden. An den Freizeiten haben Jugendliche aus den verschiedensten Bezirken teilgenommen. Lehrstoffe und Ziel der Freizeiten weichen stark voneinander ab. Die von der Volkshochschulbewegung beeinflussten Kurse betonen stärker die volksbildnerische Seite, während die von den Gewerkschaften und Jugendverbänden

Der Stempel-Jubilar

Wiedrum stempelte ich ein Jahr.
Gestern war ich Jubilar.
Stempel war, wie sonst auch, blau
Und mein Weib, wie immer, grau.
Auch bekam ich vierzehn Mark,
Eß ich Kaviar oder Quark?

Acht Emm Miete, erst mal das,
Zwei Emm dann für Licht und Gas.
Kauf ich für die andern vier
Mir nu endlich das Klavier?

Nee, ich trommle an der Wand:
„Habe Dank, mein Vaterland,
Treu Liebe bis zum Grab“,
Etsch, 'ne Wanze fällt herab.

Wie 'n schlecht placierter Filmtenor
Krächzt die Graue: „Gratulor!“
Für deine Art Persönlichkeit
Ist jetzt 'ne miserable Zeit.

Schieb dich raus die Produktion.
Schiebst du Kohldampf, alter Sohr:
Weil euer Geist steht viel zu still,
Wird ihm nimmer, was er will.

Maschinen, Technik, Ratio,
Ihr wolltets so, nun habt ihrs so.
Warum, hab' ich schon oft gedacht,
Ihr selbst euch überflüssig macht?

Und alle stehn in aller Schuld?
Jetzt riß mir aber die Geduld,
Ich mach' dem Tiere den Garaus,
Es starb, und roch durchs ganze Haus. R. H.

einggerichteten Kurse das Prinzip der körperlichen Kräftigung durch Sport, Wandern und Belehrung in der freien Natur mehr hervorzusetzen lassen.

Die Bedeutung solcher Freizeitkurse wird verschieden beurteilt. Sie bringen vor allem einen Lichtblick in die graue Eintönigkeit der Arbeitslosigkeit. Andere Ämter im Bereiche des Landesarbeitsamts Sachsens haben besondere Schulungskurse für Jugendliche eingerichtet. Es werden Lehrgänge auf die Dauer von 8 bis 10 Wochen bei 6 Unterrichtsstunden wöchentlich eingerichtet. Der Unterricht befaßt sich mit den praktischen Fragen des täglichen Lebens und des Umgangs mit Menschen. Als Lehrstoff kommt auch die Verkehrsordnung in Anwendung, da die Jugendlichen vielfach als Boten und Markthelfer vermittelt werden. Außerdem wird das Packen von Paketen geübt. Der theoretische Unterricht wird durch Beschäftigung von Verkehrsanstalten ergänzt. Anderswo werden Abende für Jugendliche veranstaltet. Diese werden über die verschiedensten Gebiete unterrichtet.

Auf Befragen haben die Arbeitsämter geantwortet, daß das Bedürfnis nach kultureller Fürsorge in allen Orten vorhanden sei. Die Notwendigkeit wird besonders für diejenigen Jugendlichen zwischen 17 und 21 Jahren betont, die als Ausgelernete arbeitslos werden. Die Bemühungen der Arbeitsämter nach der hier hervorgehobenen Richtung sind zu begrüßen und werden von den Gewerkschaften unterstützt.

Invalidenversicherung aufrecht erhalten!

Warum das geschehen soll, dafür ein Beispiel: Frau Rosa Sch., geboren 1889, war von 1912 bis 1925 versicherungspflichtig beschäftigt und hat in dieser Zeit sieben Quittungskarten mit 352 Marken geklebt. 1925 verheiratete sich Frau Sch. und klebte nicht mehr weiter. 1929 blieb als Folge eines Frauenleidens ein schwerer Beinsschaden zurück, so daß Frau Sch. invalid wurde. Ein Antrag bei der Invalidenversicherung wurde abgelehnt, weil alle geleisteten Beiträge verfallen waren.

Wollen die Mädchen und Frauen ihre Anwartschaft aufrecht erhalten, so müssen innerhalb von zwei Jahren mindestens 20 Beiträge in der Lohnklasse II bezahlt werden. Ist die Anwartschaft wie im Falle Sch. erloschen, so lebt die Anwartschaft bei der Invalidenversicherung erst wieder auf, wenn mindestens 500 Beitragsmarken geklebt worden sind und eine erneute Wartezeit von 500 Wochen zurückgelegt wird. Also ein vollständiger Verlust der geleisteten 352 Beitragsmarken. Wäre Frau Sch. noch vor Vollendung des 40. Lebensjahrs eine freiwillige Mitgliedenschaft in der Landes-Versicherungsanstalt (wieder) eingegangen, wäre im Falle der Invalidität nach 200 entrichteten Wochenbeiträgen die Anwartschaft wieder hergestellt gewesen und alle früher verendeten Marken hätten wieder ihre Gültigkeit gehabt zur Anrechnung der Invalidenrente. So aber geht der Frau Sch. eine monatliche Rente von rund 25 RM verloren.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 26. Oktober, ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Oktober bis 1. November 1930 fällig.

Der 19. Verbandstag in Berlin hat eine neue Beitragsklasse 3b mit dem Wertaufdruck 36/4 auf der Beitragsmarke beschlossen. Diese Klasse 3b gilt für invalide, ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder die Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben wollen. Die neue Beitragsmarke kommt ab 40. Beitragswoche (28. September 1930) zur Verwendung.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zu nächst an die Ortsverwaltung wenden.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6776469, lautend auf den Spengler Leo Hertel, geb. am 16. März 1885 zu Thanhausen (Hausham i. Bay.).
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln A; von Metallrücken nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.; von Silberarbeitern nach Burgdorf Hann. A. u. St. von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln A.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

„Wir zerschlagen die Gewerkschaften!“

In einem Aufsatz „Politische Streiflichter“ behandelt Hans Held in der jungdeutschen Monatsschrift *Der Meister* die Gründe, weshalb „die Männer der Großindustrie und der Bankwelt den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauern“. Er prüft das Programm, das Schrifttum und die Reden der maßgebenden Führer der nationalsozialistischen „Arbeiter-Partei“ und zieht für deren politisches Wollen folgenden Schluß:

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen euch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen euch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.“

Dieses Bekenntnis eines Berufenen, der selbst dem völkisch-nationalen Lager angehört, bringt keine besonderen Überraschungen; in dieser Deutlichkeit aber ist es unseres Wissens noch nicht abgelegt worden.

Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland

Obwohl in der finnischen Arbeiterbewegung die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind — ihre parlamentarische Vertretung übertrifft gewaltig die der Kommunisten —, gelang es den Kommunisten, die Mehrheit im Gewerkschaftsbund an sich zu reißen. Auf der Tagung der sozialdemokratischen Gewerkschaften von Finnland (29. und 30. September) wurde eine Entschließung angenommen, die eine Spaltung des finnischen Gewerkschaftsbundes nach sich zog. Die Gewerkschaften, deren Mehrheit nicht kommunistisch war, wurden nämlich aufgefordert, aus dem Gewerkschaftsbund auszutreten. Ein provisorischer Bund, der Bund der finnischen Arbeitenden, wurde gegründet, in dem sich die neuzugründenden Gewerkschaften und Organisationen vereinigen sollten, die aus den kommunistischen Vereinigungen austreten würden.

Seit den wenigen Monaten ihres Bestandes hat diese Organisation beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Gewerkschaften der Buchdrucker, Buchbinder, Textilarbeiter und Glaser haben der Aufforderung, aus dem Gewerkschaftsbund auszutreten, Folge geleistet. Eine neue nichtkommunistische Eisenbahnergewerkschaft wurde gegründet. Auf den Vorschlag der Gewerkschaft der Handelsangestellten wurde am 4. Mai eine Tagung der Vertreter der oben erwähnten Arbeiterorganisationen abgehalten, auf welcher beschlossen wurde, einen neuen Gewerkschaftsbund zu gründen, der sich der Amsterdamer Internationale anschließen wird. Eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern jeder Gewerkschaft, hat zusammen mit dem Vorstand der Tagung einen Statutenentwurf auszuarbeiten und die Vorarbeiten für einen am 19. Oktober in Heisingfors abzuhaltenden Kongreß durchzuführen. Auf der Tagesordnung dieses Kongresses werden folgende Fragen stehen: Gründung des neuen Gewerkschaftsbundes, Anschluß an Amsterdam, Form der Organisation, Kollektivverträge, Beziehungen zu den politischen Parteien, Arbeitslosigkeit usw.

Sentenzen

Es hat noch nie eine herrschende Kaste, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzte und nicht im Gegenteil systematisch ihnen die echte Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte.

Es liegt das im innersten Wesen der Herrschaft. Wer herrscht, will sich stark und den Beherrschten schwach machen. Und wer allgemeine Bildung will, muß deshalb gegen jede Herrschaft ankämpfen. Wilhelm Liebknecht („Wissen ist Macht“)

Die Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise

Ihre Stellung zum Berliner Metallkonflikt

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 12. Oktober im Reichswirtschaftsrat zusammen. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme zu der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Vorsitzende Theodor Leipart nahm das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. Wir müssen mit weiteren Verschlechterungen rechnen. Infolge einer verfehlten Finanzwirtschaft sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchziehen. Es rächt sich jetzt die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der zu einer Zeit, als Auslandsanleihen noch verhältnismäßig billig waren, der öffentlichen Hand den Zugang zum ausländischen Markt gesperrt hat. Es rächt sich die Leichtfertigkeit früherer Finanzminister, die keine Reserven zurücklegen wollten.

Der laufende Reichshaushalt hat einen Fehlbetrag von rund 1 Milliarde Reichsmark. Die Ersparnismaßnahmen des neuen Regierungsprogramms, wie zum Beispiel die Gehaltskürzungen, sollen erst zu Beginn des neuen Etatsjahres, also zum 1. April 1931, wirksam werden. Auf Grund dieser späteren Ersparnismaßnahmen hofft die Regierung für das laufende Jahr einen „Überbrückungskredit“ zu erhalten. Es kommt hinzu, daß das Regierungsprogramm eine Kürzung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau um 400 Millionen M vorsieht und diesen Ausfall durch Finanzierung mittels Anleihen auszugleichen beabsichtigt. Es ist fraglich, ob derart beträchtliche Summen auf dem Anleihewege zu erhalten sind. Sollte dies aber der Fall sein, so würde eine weitere Verknappung des Anleihemarktes eintreten.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält die Frage der Preishöhe eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preissenkung nur nach vorheriger Lohnsenkung und im Ausmaß dieser Lohnsenkung durchführen zu können. Im allgemeinen weiß der Außenstehende nicht, daß die Löhne einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Herstellungskosten haben. So betragen nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochofenbetrieben nur 7 vH des Produktionswertes, in der chemischen Industrie, in der Lederindustrie, in der Steinkohlensukkerindustrie nur 10 vH, in der Textilindustrie noch nicht 20 vH, in der Automobilindustrie rund 20 vH. Eine Kürzung der Löhne würde hier also die Preishöhe nur ganz geringfügig verändern. Viel bedeutsamer für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Wir merken noch nicht, daß die Fertigwarenpreise entsprechend der Rohstoffpreissenkung billiger geworden sind.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausgezahlte

Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken

ist. Sie kümmern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken, besonders wenn eine Lohnsenkung in bedrohliche Nähe gerückt ist. Wird das von uns angestrebte Gleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Kaufkraft durch Lohnsenkungen gestört, dann fällt die Voraussetzung für unsere Unterstützung der Landwirtschaft fort.

Der Plan der Regierung enthält keinen Vorschlag zur stärkeren Ankerbelung des Wohnungsbauwesens, obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und die schlechten Wohnverhältnisse der breiten Massen die Voraussetzung hätte sein müssen. Die Regierung beabsichtigt, den entgegengesetzten Weg zu gehen. Statt der bisherigen Verwendung von 800 Millionen M aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau will sie künftig diesem Zwecke nur noch 400 Millionen zuführen. Die verbleibenden 400 Millionen sollen der Senkung der Realsteuern dienen. Es ist aber anzunehmen, daß es zu keiner Steuersenkung kommt. Vielmehr dürften diese 400 Millionen M zur Stopfung des Defizits im Reichshaushalt verwendet werden.

Das muß katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkte nach sich ziehen. Die ohnehin hohe Arbeitslosenziffer der baugewerblichen Arbeiter wird einmal durch das Erlahmen der öffentlichen und gewerblichen Bautätigkeit infolge der schlechten Finanz- und Wirtschaftslage, zum anderen durch die von der Regierung vorgesehene Abrosselung der Hauszinssteuererlöse für den Wohnungsbau und weiter durch den Umstand, daß nur noch ganz kleine Wohnungen gebaut werden sollen, schätzungsweise um ein weiteres Drittel steigen.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieterschutz gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben. Bei dem Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage an Wohnungen und bei dem Zwang für jedermann, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sich mit seinen Ausgaben für die Wohnung einzuschränken, und weiter im Hinblick auf die Absicht, Löhne und Gehälter abzubauen, wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach kleinen Wohnungen besonders groß sein. Das muß automatisch zu einem

erheblichen Anziehen der Miete

für diese Wohnungen führen. Es ist nicht einerlei, wie sich die Mietzinsbildung der nächsten Jahre gestaltet. Es ist notwendig, daß die Höhe der Miete und der Löhne in einem erträglichen Verhältnis zueinander bleiben. Das ist aber nur zu erreichen durch eine gesetzliche Bindung, wie sie zurzeit in den Mieterschutzgesetzen vorhanden ist, also wenn der Wohnungsinhaber vor ungerechtfertigter Mietersteigerung und vor willkürlicher Kündigung durch den Vermieter geschützt bleibt.

Hätten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten, so haben wir die 44-Stundenwoche auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Ersparnisse an Arbeitskraft gebracht. Der Produktionsapparat ist in gewaltigem Ausmaß vergrößert und die Absatzmöglichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Vermehrung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterschaft voll beschäftigt wird. Was die Frucht wachsender wirtschaftlicher Betätigung sein soll, wird nunmehr zu einer bitteren Notmaßnahme. Wir haben 3 Millionen Arbeitslose, und wir wissen nicht, wie groß die Zahl derer sein wird, die in den nächsten Monaten noch arbeitslos werden. Heute weiß selbst der Arbeiter im Betrieb nicht, ob er morgen noch Beschäftigung findet. Auch für ihn hat daher die Frage einer Arbeitszeitverkürzung Bedeutung. Eine solche Verkürzung bedeutet eine Art Selbstversicherung der Arbeiterschaft gegen weitere Entlassungen und darüber hinaus einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen, denen dadurch die Möglichkeit geboten wird, früher in den Produktionsprozeß wieder eingereiht zu werden, als sie es nach der bisherigen normalen Arbeitsdauer erwarten könnten.

Wir haben uns ein Bild davon zu machen gesucht, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wohl wirken könnte. Wir haben der Vorsicht halber die Kleinbetriebe, die Landwirtschaft und die Hauswirtschaft ausgeschaltet, die schon bestehende Kurzarbeit berücksichtigt und auch das Baugewerbe mit seinen besonderen Bedingungen sowie den Bergbau, bei dem bereits jetzt zahlreiche Feierschichten eingelegt sind, außer Ansatz gelassen. Wir kommen dann bei achtstündiger Verkürzung der Arbeitszeit und unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunktur zu der sehr vorsichtig geschätzten Zahl von 1/4 bis 1/2 Million Arbeitsloser, also 10, 15 oder vielleicht auch 20 vH der augenblicklichen Arbeitslosenzahl, die für eine Wiedereinstellung in Betracht kommt. Das mag wenig genug sein, aber wir dürfen nicht die psychologische Wirkung verkennen, den die Verkürzung der Arbeitszeit ausübt.

Wir können freilich nicht darauf bauen, daß die Unternehmer — von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleistet. Die Berliner Metallarbeiter haben die Kürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen. In den Eisenbahnwerkstätten, bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, im Leunawerk und kürzlich bei einer Hamburger Ölmühle sind bereits derartige Vereinbarungen zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften getroffen worden.

Gegen die Überarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Vor einigen Wochen hat die Gewerkschaftszeitung eine Aufstellung des Gesamtverbandes über die Arbeitszeit in den Fachgruppen „Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Gesundheitswesen, Gärtnereien usw.“ gebracht, und mit schmerzlichem Bedauern haben wir festgestellt, daß die tatsächliche Arbeitszeit auch jetzt noch teilweise recht erheblich über der normalen Arbeitszeit liegt. Deshalb fordern wir jetzt die

gesetzliche Beschränkung der Überstunden

auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, daß für jede Überstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll.

Nach den letzten Ausweisungen sind allein in der Reichsverwaltung 51 600 Ruhegehaltsempfänger mit einer Gesamtpensionslast von 200 Millionen M jährlich. Davon entfallen 36 000 Pensionen auf ehemalige Reichwehrangehörige mit einem Gesamtpensionsbetrag von 140 Millionen M. Dazu treten weitere 4500 Wartgeldempfänger mit jährlich 18 Millionen M Pensionslast. Die Reichsbahn zählt 116 000 Ruhegehaltsempfänger und 21 000 Wartgeldempfänger mit zusammen 360 Millionen M an Pensionen. Nach einer Zusammenstellung sind für Pensionen und Wartgelder insgesamt im Deutschen Reiche mit etwa 1,9 Milliarden M zu rechnen.

Die große Mehrzahl der hiernach auf etwa 750 000 zu berechnenden Zahl der Empfänger kann von den Pensionen usw. gut leben, ohne daneben noch beruflich tätig sein zu müssen und anderen, die nur auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegzunehmen. Wir verlangen deshalb, daß diese Hunderttausende

Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen,

wozu sie sich von selbst entschließen werden, wenn ihnen der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Überzeugung, daß auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden kann, noch die Finanzen des Reiches saniert werden können.

Die Krisenunterstützung wird ihrer Aufgabe heute nur noch in geringem Umfange gerecht. Neben 472 000 Krisenunterstützten zählen die Gemeinden zur Zeit etwa 550 000 unterstützte Wohlfahrtserwerbslose. Dieser Belastung sind jedoch die Gemeinden auf die Dauer nicht gewachsen. Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihr Unvermögen erklärt, während in anderen Gemeinden nur ganz geringfügige Unterstützungen (Familienväter erhalten 4 bis 5 M wöchentlich) gewährt werden.

Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

Ich komme schließlich zum dritten Abschnitt der Entscheidung, der von den Reparationslasten handelt. In dieser Zeit schwerster Wirtschaftsnot wird die Belastung, die dem deutschen Volke aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawes-Plan zweifellos eine Entlastung be-

deutet. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht fühlbar in Erscheinung getreten. Infolge des Wachstums dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Wir stehen vor der Frage: Wie können die Reparationsverpflichtungen in der nächsten Zeit überhaupt bezahlt werden, und wie können sie bezahlt werden, ohne daß die Arbeiterschaft durch Schmälerung oder gar Abbau der sozialen Erwerbungsbedingungen besonders belastet wird? Die Revision des Young-Planes ist also eines der brennendsten weltpolitischen Probleme geworden.

So schwer die Zeit ist, in der wir heute zusammengetreten sind, ebenso schwer lastet auch die Verantwortung auf uns allen für die Beschlüsse, die wir jetzt gemeinsam entscheiden und beraten wollen. Möge niemand mit seiner Meinung zurückhalten und jeder mit gutem Rat und im Bewußtsein seiner Verantwortung dazu beitragen, daß wir zu guten und richtigen Beschlüssen kommen.

Die Aussprache

In der eingehenden Aussprache wurde betont, daß es notwendig sei, die Frage der hohen Gehälter aufzugreifen und für eine Höchstgrenze der Pensionen von 12 000 M einzutreten. Wenn die Gehaltskürzung schon nicht vermieden werden könne, so müsse nach Möglichkeit ihre Staffelung erreicht und vor allem eine Erhöhung der Freigrenze von 1500 auf 2000 M durchgesetzt werden. Das Programm des Reichsarbeitsministeriums zur Wohnungswirtschaft wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es bedeutet eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit und ist für die Bauarbeiter doppelt belastend. Es sei zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit wächst, wenn dieses Programm durchgeführt wird.

Von verschiedenen Rednern wurde gefordert, daß der Bundesausschuß sich mit aller Energie gegen den Abbau der Löhne, namentlich

gegen den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie

wende. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei dem Vorgehen der Metallindustrie nicht um eine Sache handle, die nur die Metallarbeiter angehe, denn die Lohnkürzung der Metallarbeiter würde nur das Signal sein für eine Kampagne, die sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde sowohl die arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieser Maßnahme gewürdigt, wie auch die Notwendigkeit betont, die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im einzelnen an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen. Es wird von den Bedürfnissen eines Betriebes abhängen, ob eine Verkürzung um täglich eine Stunde durchzuführen ist, oder ob die 40stündige Arbeitszeit auf fünf Arbeitstage wöchentlich zu legen ist. In Betrieben mit durchgehender Arbeit wird an die Schaffung sechsstündiger Arbeitsschichten zu denken sein, so daß in diesem Falle eine Gesamtarbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich in Frage käme. Für kontinuierliche Betriebe würde eine siebenmal sechsstündige Arbeitszeit, gleich 42 Stunden, möglich sein. Die Einzelheiten einer gesetzlichen Regelung festzulegen, ist Aufgabe der parlamentarischen Verhandlungen. Die Zulassung von Überarbeit durch die Aufsichtsbehörden wurde scharf kritisiert, ebenso die mangelnde Kontrolle.

Um die ungeheuren Verpflichtungen an Kreditzinsen und Reparationslasten, die auf Deutschland ruhen, einzuhalten, müsse die deutsche Wirtschaft ihre Ausfuhr gewaltig steigern. Eine Steigerung der Ausfuhr in dem notwendigen Ausmaß ist aber völlig unmöglich. Alle Redner hielten daher den Zeitpunkt für gekommen, diese Tatsache offen auszusprechen und die Führer der Wirtschaft wie die Staatsmänner in den großen europäischen Staaten und Amerika mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß man endlich, fast anderthalb Jahrzehnte nach dem Kriege, die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft von den Fesseln befreien müsse, durch die man die Bewegungsfreiheit der einen wie der andern gelähmt hat. Die wirtschaftliche Vernunft müsse endgültig die politischen Vorurteile überwinden, die nicht zuletzt die epidemische Arbeitslosigkeit mit verschulden. Am Schluß der Aussprache nahm der Bundesausschuß einstimmig eine Entschließung zur Wirtschafts- und Finanzkrise an, deren Wortlaut an anderer Stelle dieser Nummer zu finden ist.

Aus Sowjetrußland

Einführung des Arbeitszwanges

In der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung haben wir bereits geschrieben, daß die Sowjetregierung die Absicht hat, das System des freien Arbeitsvertrages abzuschaffen und an dessen Stelle den Arbeitszwang einzuführen. Nun ist der Augenblick gekommen, wo diese Maßnahmen gesetzlichen Charakter angenommen haben. Das Volkskommissariat für Arbeit hat durch Verordnung vom 9. Oktober die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitsämter untersagt. Wir geben hier den Wortlaut der Verordnung wieder, die im Trud vom 11. Oktober 1930 veröffentlicht wurde unter dem Titel: Im Lande der Sowjets gibt es keine Arbeitslosigkeit. Es heißt dort:

„Infolge eines großen Mangels an Arbeitskräften in allen Zweigen der Volkswirtschaft wird den Versicherungsanstalten die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung untersagt. Im Haushaltsplan der Sozialversicherung für das Zusatzquartal Oktober—Dezember 1930 sind Arbeitslosenunterstützungsgelder nicht vorgesehen. Die Arbeitsämter haben alles zu unternehmen, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen — besonders denjenigen, die Anrecht auf Unterstützung hatten. Die Arbeitslosen müssen nicht nur Arbeit in ihrem Fach annehmen, sondern auch solche, die eine besondere Qualifikation nicht voraussetzt. Gleichzeitig haben die Arbeitsämter, unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen (Mangel an diesen oder jenen Beruf), für Berufsumschichtung und Berufsausbildung großzügig zu sorgen. Außer Krankheit, die durch einen Krankenschein bestätigt werden muß, darf es keinen Grund für Arbeitsverweigerung geben.“

Der Trud schließt seine Betrachtungen über die Notwendigkeit dieser Verordnung mit den Worten: „Wir entziehen den Arbeitslosen die Unterstützung, weil wir keine Arbeitslosigkeit haben, jeder Arbeiter kann sofort Arbeit bekommen. Das ist der größte Sieg der Revolution.“

Als Beweis einer gesunden Wirtschaftslage gilt im allgemeinen die volle Arbeitsbeschäftigung. Wenn wir jetzt hören, „bei uns gibt es keine Arbeitslosigkeit“, so ziehen wir den Schluß: Rußland geht es gut! Aber leider ist Rußland weit davon entfernt. Nie ist seine Lage ernster und düsterer gewesen als jetzt. Alles ist rationiert, Kleidung, Nahrung und jüngst auch das Brennmaterial. Die Lebensbedingungen verschlechtern sich von Woche zu Woche. Man kann verstehen, daß die Arbeiter müde und hoffnungslos werden und von einem Arbeitort zum andern ziehen in der Hoffnung, es dort besser zu haben.

Zweifellos wird die neue Verordnung die Arbeiter zur Seßhaftigkeit und Ausdauer zwingen. Aber ist denn dieses das Entscheidende für die Weiterentwicklung und das Wohl der Wirtschaft? Mangelte es denn nur an Arbeitskräften? Sind denn die anderen Bedingungen so günstig? Leider ist das nicht der Fall: die gesamten Wirtschaftsbedingungen sind die denkbar ungünstigsten. Der Moskauer Berichterstatter der Vossischen Zeitung schreibt darüber in seinem Blatte (vom 12. Oktober) folgendes: „... unfertige Bauten liegen still, weil kein Baumaterial zu beschaffen ist; neue Werke müssen feiern, weil Rohstoffe fehlen; der Fischfang zeigt ein Riesendefizit, weil es keine Netze gibt; Eisen und Stahl erreichen die verlangten Produktionsziffern bei weitem nicht, und das Don-Kohlenrevier, dessen planmäßige Produktionssteigerung eins der wichtigsten Fundamente für den gesamten Industrienaufbau ist, bleibt geradezu katastrophal hinter den angesetzten Förderziffern zurück; die importierten Maschinen, Traktoren und Werkzeuge gehen unter schlechter Behandlung unqualifizierter Arbeit sehr viel schneller zu Bruch, als Amortisations- und Ersatzpläne annehmen.“

Wir sehen, die krisenhaften Erscheinungen sind sehr ernster Natur, viel ernster, als die oben angeführte Verordnung es zugeben will.

Die Arbeiter herausgekurbelt Und die Produkte zu Schleuderpreisen exportiert

In der Textil-Zeitung vom 7. Oktober leistet sich ein unbekannter Schwätzer folgenden Mumpitz:

„Man muß offen reden in diesen Zeitläuften. Die politischen Vertreter der Arbeiterklasse haben den Bogen überspannt; sie sind in ihren, die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter verfolgenden Maßnahmen zu weit gegangen, und jetzt muß rückwärts revidiert werden, koste es, was es wolle. Derartige Anwendungen für soziale Einrichtungen, verbunden mit solch hohen Löhnen, wie wir sie bis jetzt gehabt haben, sind nur in einem Lande möglich, das in großem Wohlstand und dauerndem wirtschaftlichem Aufstieg lebt, nicht aber in einem Lande, das durch einen verlorenen Krieg ungeheure Lasten abzutragen hat.“

Der Mann hat offenbar keine Ahnung, daß es nicht die Arbeiter sind, sondern deren Gegenfüßler, die „den Bogen überspannen“. Doch lassen wir den Schwätzer und wenden uns einer vernünftigeren Meinung aus dem bürgerlichen Lager zu. Sehr treffend schildert die Neue Leipziger Zeitung (4. Oktober) die Ursachen und die Verantwortlichen für den üblen Stand unserer wirtschaftlichen Dinge. Das bürgerliche Blatt schreibt: „Die grundlegende Idee, auf welcher der Plan des „Rettenungsprogramms“ der Regierung aufgebaut ist, geht nun dahin, daß eine wirkliche Bekämpfung und Minderung der Arbeitslosigkeit nur durch Belebung der Wirtschaft möglich ist!“

So schreibt der berufene Retter, nämlich der Finanzminister Dietrich, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: „... Das Gelingen des Sanierungsplanes hängt nicht von dem Studienrat Hinz ab, dem jetzt 5 vH seines Gehaltes gestrichen werden (später vielleicht noch mehr), oder von dem Schlosser Kunz, dem man wahrscheinlich nächstens den Lohn senken wird, wenn er nicht bis dahin schon arbeitslos sein sollte, auch nicht von der Regierung, die immer noch Machtmittel genug besitzt, Hinz und Kunz im Zaume zu halten, sondern das Gelingen des Planes, „die Belebung der Wirtschaft“, hängt doch selbstverständlich nur von der Haltung der Wirtschaft selbst ab. Seit etwa einem Jahrzehnt liegt man dem Steuerzahler damit in den

Ohren, daß die Wirtschaft „angekurbelt“ werden müsse. Ein formulierfreudiger Minister erfand dies Wortbild, und alle Wirtschaftler schwätzten es nach. Nun, bleiben wir schon einmal in dem Bilde: Jahrelang haben wir gekurbelt und gekurbelt. Millionen Arbeiter und Angestellte sind dabei aus dem Wirtschaftsprozess herausgekurbelt worden, aber die Wirtschaftsmaschine selbst sprang deshalb noch lange nicht an. Der Funke fehlte.

Unsere Wirtschaftsführer haben keine Einfälle. Sie besitzen keine Phantasie. Die Rationalisierung war das Gegenteil davon. Diese Feststellung muß einmal offen gemacht und genau so brutal ausgesprochen werden, wie sich die Wirtschaftler über die Arbeiter und Angestellten aussprechen. Seit einem Jahrzehnt sehen diese Herren, die Industriekapitäne und Stahlbarone, wie sie sich gern feiern lassen, seelenruhig zu, wie sich der Staat abmüht, gegen die Not anzukämpfen. Sie denken nicht daran, an diesem Werke mit Hand anzulegen. Wenn Herr von Siemens keine Aufträge hat, entläßt er. Das heißt, er schiebt die arbeitslosen Massen dem Staate zu, von dem er aber auf der anderen Seite wieder verlangt, daß ihm Millionenaufträge zugewiesen werden. Ja, wer kann denn das aufbringen? Dazu langten selbst die deutschen Staatskassen nicht.“

In ähnlicher Weise klagt die Vossische Zeitung (3. Oktober) die Wirtschaft an. Sie schreibt: „Allein die unbestreitbare Tatsache, daß es der Industrie überhaupt nur dank ihrer jahrelangen aktionär- und damit kapitalfeindlichen Selbstfinanzierungspolitik möglich war, einen derart erbitterten und politisch orientierten Kampf zu führen, ist Beweis für die gewaltige Verantwortung, die nun tausendfach verstärkt auf ihr lastet. Schnellstens von der politischen Tribüne zurück in die Betriebe eilen, um ernste, aufbauende Arbeit zu leisten, ist ihr Gebot der Stunde.“

Daß man bedauerlicherweise nach dieser Richtung nicht allzu optimistisch sein darf, haben die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit nicht weniger bewiesen als die früherer Jahre. Vielleicht das typische Beispiel hierfür war die gewiß nicht aus Über-

mut erfolgte Gründung der Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1926. Trotz Unrentabilität der Gründergesellschaft infolge übergroßer Kapitalien, übersteigter Produktion und deshalb zu hoher Preise setzte man das neue Kapital noch höher an, als es den addierten Gründerkapitalien entsprach. Und auf dieses Überkapital mußte dann das zum Um- und Aufbau erforderliche Anleihekaptal noch aufgeopfert werden. Klar liegt damit die Tendenz offen, daß man selbst nichts einbüßen wollte. Zu geradezu üppiger Blüte hat sich dieses Mißgewächs wirtschaftlicher Fehlleitung entfaltet.

Noch aber weigert man sich in den wichtigsten Industriegruppen, wie dem Bergbau, die der Zeit entsprechenden Konzessionen an die Volkswirtschaft und damit an sich selbst zu machen. Man bleibt bei der alten, einseitigen Forderung: A. b. b. u. der Löhne und Gehälter, ohne daß man, wie das Reich, gleichzeitig entsprechende Preisnachlässe garantiert. Diese Einstellung wirkt geradezu in diesem Spezialfall um so grotesker, als der Bergbau schon seit geraumer Zeit seine Kohle zu Schleuderpreisen exportiert, so daß der inländische Verbraucher, dem der Bezug von Auslandskohle aus Frachtgründen unmöglich ist, diese Verluste bezahlen muß. Brauchbare Hilfsvorschlüsse zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, des Kernübels, werden noch immer mit erstaunlicher Überlegenheit abgelehnt.

SCHRIFTENSCHAU

Photographieren ohne Fehlaufnahmen. Die Kunst der technisch einwandfreien Aufnahmen, von A. Glucker, Mitglied des Verbandes deutscher Sportlehrer. Mit 32 Bildern auf Kunstdruckpapier, Belichtungs- und Tiefenschärfetabellen. Preis nur 1,25 RM. Süddeutsches Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstraße 44.

Jahrbuch 1929 des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Das Jahrbuch ist mit guten grafischen Darstellungen versehen. Erschienen im Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO 36, Skalitzer Str. 47/48.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Lästiger Schweißgeruch

der sich besonders in den Höhlen beim Tanz und Sport für die Umgebung unangenehm bemerkbar macht, verschwindet sofort durch **Leoform-Creme**. Diese Anti-Schweißcreme verhindert, ohne die Haut zu verändern und ohne den normalen Schweiß zu unterdrücken, übermäßiges Transpirieren und verbreitet einen herrlichen Rosenduft. Tube 1 RM. — Zu haben in allen Apotheken, Drogerien bzw. Chlorodont-Verkaufsstellen.



BETTEN
10000 Dankeschreiben.
1 Pfd. gr. 80 u. 1,50.
grüne Halbd. 2,50, 3.-,
weiß e 3,50, 3 80, 4,50.
Spez 5.-, Daunen 8.-,
Oberbett 16.- u. 19,50.
Kissen 6 Stk. 6,50, 10.
Verbetten 17.- u. 18,50.
Wasser u. Prell, um-
sonst. 9 Pfd. fr. gegen
Nachn. Nichtpassend
Geld zurück.
Josef Christ Nachf.
Cham 440 (Bay.)

Ca. 10000 Uhren verkaufte ich jährlich, denn die echt deutsche Herr-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickt, ca. 30 St. Wert genau regul. kostet nur M. 4.-
Nr. 53 sehr verill. Gold u. Schmalz M. 6,50
Nr. 56 kleiner, mit Lassem Wert M. 9.-
Nr. 58 m. Sprungschel, ganz verill. M. 12,80
Nr. 25 echt Silb. Goldrand, 10 Stk. M. 18.-
Nr. 20 echt Silb. u. Ankerw. 15 Stk. M. 25.-
Panzerkett. von -50. echt verill. 1,50
echt verill. 2.-, Gold double M. 6.-
Nr. 33 Damenuhr, verill. Glr. M. 7,50
Nr. 41 dies. kleine Form u. Ankerw. M. 12.-
Nr. 81 dies. mit Silber, 10 Stk. n. M. 15.-
erhalten 1.- M. 89 Golddouble, 10 J. Gar. gestemp. M. 20.-
Nachlaß und 1 Nr. 82 echt Gold, 585 gestemp. M. 25.-
Kapsel gratis bei Bestell. einer Uhr zu M. 6,50 od. mehr.
Uhren-Kloset, Berlin SW 29 (38) Zossener Str. 8

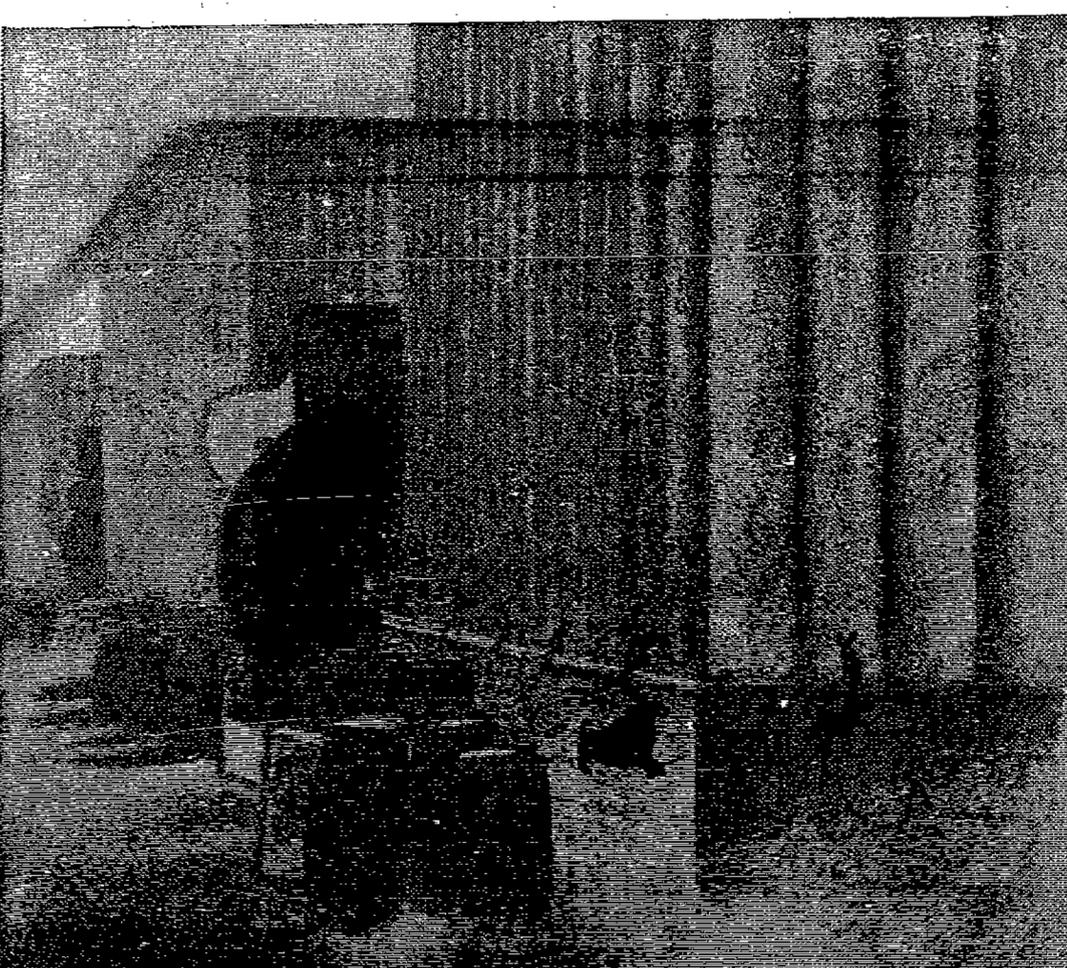
Unsere Leser
erhalten 1.- M. 89 Golddouble, 10 J. Gar. gestemp. M. 20.-
Nachlaß und 1 Nr. 82 echt Gold, 585 gestemp. M. 25.-
Kapsel gratis bei Bestell. einer Uhr zu M. 6,50 od. mehr.
Uhren-Kloset, Berlin SW 29 (38) Zossener Str. 8

Die Zahn-Zwischenräume als Sitz überliefernder Speisereste reinigt man zweckmäßig mit der eigens dafür konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gerahmtem Borstenschmitt in zwei Härtegraden von höchster Qualität 1 RM., Kinderbürste 60 Pf. Nur echt in hygienischer blau-weiß-grüner Originalpackung.

Elektromeister durch Fernunterricht
Prospekt 8 frel. — Privatlehrgänge Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 5 d

EISO-Betten
Eisbahn u. Stahl Polier, Stahl-
matt. Kinder, Chaisel, in
Jeden, Teilhabig, Katalog fr.
insgesamt 100 Stk. 1 RM.

Alle Metallarbeiter lesen die »ENERGIE«



48400 KILO STAUB!



OVERSTOLZ 5 PF.
staubfrei
schmeckt niemals bitter!

SEHR WICHTIG: Unsere Angaben nachprüfen!
Wenn Sie durch eine Haus-Messung
Spezial-Messung durchsetzen, werden
Sie Ihre Sparsamkeit bewahren.

Monat für Monat wird diese Staubmenge von den Filterkammern unserer Entstaubungsanlagen aufgefangen. Nicht weniger als 36 Güterwagen müssen die Last im Laufe eines Jahres aus unseren Fabriken tragen. Diese gewaltigen Staubmengen, für die wir den vollen Tabakpreis bezahlen mußten, gehen allerdings der Produktion

verloren; sie sind zu nichts anderm mehr zu gebrauchen als zur Schädlingsbekämpfung im Gartenbau. Wir glauben aber, daß sich die Kosten und Mühe einer gründlichen Tabakentstaubung lohnen; denn unser Verfahren hat den Vorteil, daß Haus Neuerburg-Zigaretten nicht bitter schmecken und daß sie außerordentlich bekömmlich sind.

HAUS NEUERBURG G.M.B.H.

Kollegen!
Lest die Betriebsräte-Zeitschrift



Die Prüfung bestanden!

Auch Sie werden Ihre Prüfungen bestehen und Ihr Ziel erreichen. Trauen Sie sich weniger zu als Unzählige, die sich nur mit Volksschulbildung erfolgreich zur Obersekundarstufe und zum Abitur durch Rüsting (neben ihrem Beruf) vorbereiten? Wir bereiten Sie vor zur Obersekundarstufe und zum Abitur, zu kaufmänn. Stellungen und in der Musikwissenschaft. Ferner: Ausbildung auf allen Gebieten der Technik (Maschinenbau, Elektrotechnik, Handwerk usw.). Teilen Sie uns mit, was Sie erstreben und welche Vorbildung Sie besitzen. Mit Rat und Auskunft, sowie kostenlosen Prospekten steht Ihnen das Rüstingsche Lehrinstitut, Potsdam Ta. 294, gern zu Diensten.

Heil- und Wundsalbe altbewährt u. empfohlen als rasch heilendes und schmerzstillendes Mittel bei offenen Füssen, alten, schlecht heilenden Wunden, Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden. 1 Dose M. 1,25, 4 Dosen M. 4,50. Kloster-Apotheke Kloster Indersdorf 27 (Hemmer.)

100000 Kinder tragen echte Kleider
Matrosen-Anzüge und -Mäntel
zum Schulbeginn. Auch 3-4 monatl. Ratenzahlung ohne Anzahlung. Alter und Körpergröße, Knabe oder Mädchen angeben. Marine-Offiz.-Tuche u. Vackholzbüchsen für Anzüge, Kostüme usw. Orig. Mar.-Taschentücher und Hosens unverwundlich (Körpergröße, Brust- u. Leibweite u. Schritt-länge angeb.) Ozean, Sweater, Arbeitszeug usw. Verlangen Sie sofort Gratis-Muster und Preisliste. Marine-Verandhaus Bernhard Preffer, Kiel 138

So billig wie nirgends



Weihnachts-Katalog gratis!
Sigurd
Gesellschaft
Jassel 439

Neue Gänsefedern,
wie von der Gans gerupft m. Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 3.- M., beste Qual. 3,50, Halbdaunen gereinigt 5.-, 7/8 Daunen 6,75, Volldaunen 9.-, 10,50, Gänsefedern mit Daunen, gereinigt 4.-, 5,25, 5,75, 7,50. Garantie für reelle, staubfreie Ware, ab 5 Pfd. portofrei. Versand per Nachnahme.

**Frau A. Wodrich, Gänsemaat,
Neutrebbin, Oderbruch.**

Josef Witt, Weiden (Opf.)
Auktions- und größtes Spezial-Verandhaus der Art Deutschlands
mit eigener Spinnerei von 12 500 Spindeln, mit eigener Weberei von 640 Webstühlen
gibt kurze Zeit ab:

Nr.	Preise per Mtr.	Brette	Mk. Pf.
85	Gardinen, sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen, mit Indanthren-goldfarb. Streifen . . . 70 cm		0.24
86	Weißes Hemdentuch, leichte Sorte mit Schulterkante 70 cm		0.25
87	Weißes Hemdentuch, für gute, halb. Wäschestücke 80 cm		0.45
88	Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dicht geschlossene vorzügliche Qualität für besonders solide gute Wäschestücke . . . 80 cm		0.65
89	Weißes Macrotuch, sehr feinfädig, dicht geschlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für bes. feine bessere Hemden u. Wäschestücke . . . 80 cm		0.72
90	Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwundlich im Gebrauch . . . 78 cm		0.49
91	Hemdenflanell, Indanthrenfarbig, gestreift, gute, besonders reißfeste Sorte . . . 72 cm		0.38
92	Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare, kräftige Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch . . . 78 cm		0.64
93	Handtücher, dicht geschlossene, kräftige Strapazierqualität . . . 40 cm		0.45
94	Hemdenzephyr, auch für Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster 70 cm		0.48
95	Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 45 cm u. 1/2 Dutzend		0.98
96	Daunentastentücher, weiß, gute solide Sorte, mit Hohlraum, 30 mal 30 cm . . . per 1/2 Dutzend		0.88

Gelegenheitskauf!
97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert reine, ausgesuchte Baumwolle ohne jeden Appreturatz, dicht geschlossen, dah. ganz vorzügliche, besonders gute Qualität 80 cm
 | 0.66 |

Bla auf weiteres erhalten Sie auf 10% Rabatt. An Stelle des Rabattes auf diese Preise noch 10% Wunsch-kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.
Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofrei Lieferung von Mk. 20.— an.
Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle elawandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als anderswärts sind.

Jos. Witt, Weiden 84 Opf.